

Sonderausgabe



FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 18 Juni/6 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Stein des Anstosses

von Rubikons Weltredaktion, Mittwoch, 22. Juni 2022, 17:00 Uhr

Der Filmregisseur Oliver Stone hat Wladimir Putin für einen Dokumentarfilm interviewt – auch heute wirbt er für ein differenziertes Russlandbild.

«Seit ich lebe, hat es in der westlichen Welt noch nie eine grössere Propagandawand gegeben, und Putin steht jetzt in der Schusslinie», sagt Oliver Stone, Regisseur unter anderem der Klassiker «JFK» und «Snowden». In Zeiten eines neuen Kalten Krieges verkehren sich alle zuvor gültigen Werte. Verständnis wird zur Todsünde, Unverständnis zur Kardinaltugend, die von Scharfmachern in den Talkshows hemmungslos ausagiert wird. Da ist es wohlthuend, jemandem zuzuhören, der versucht, das Phänomen Wladimir Putin vorurteilsfrei zu betrachten. Und der sich auch tatsächlich in der Materie auskennt. Der Filmregisseur führte mehrere Langinterviews mit dem russischen Präsidenten für seinen Dokumentarfilm «The Putin Interviews», der 2017 ausgestrahlt wurde. Was sagt er zu den heutigen Vorgängen rund um die Ukraine? Stone sieht durchaus Fehler bei Putin, wirft ihm unter anderem vor, in die Falle des Westens gelaufen zu sein. Er betrachtet ihn aber auch als einen Mann mit Gespür für den globalen Ausgleich, der – abgesehen von den NATO-Staaten – in der Welt vielfach hohes Ansehen genießt. Putin habe gespürt, dass der Westen einen Regimewechsel in Russland vorbereitete und das Land als globalen Konkurrenten ausschalten wollte. In einem Gespräch mit Lex Fridman legt Oliver Stone seine hellsichtige Analyse zur aktuellen Situation dar.

von Dr. Joseph Mercola



Foto: DOERS/Shutterstock.com

Die Geschichte im Überblick

Oliver Stone, ein preisgekrönter Filmregisseur, war der Produzent des 2016 erschienenen Dokumentarfilms «Ukraine on Fire». Stone interviewte zwischen 2014 und 2016 auch den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Aus den Interviews entstand die Dokumentarserie «The Putin Interviews», die 2017 ausgestrahlt wurde.

Stone sprach kürzlich mit Lex Fridman über den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den Russland-Ukraine-Konflikt.

In «Ukraine on Fire» ging es um die Maidan-Revolution, die 2013 begann. Nach monatelangen friedlichen Protesten gegen die Entscheidung der ukrainischen Regierung, kein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU zu unterzeichnen und stattdessen ein Angebot Russlands vorzuziehen, brach tödliche Gewalt aus.

Petro Poroschenko wurde in einer Sonderwahl im Mai 2014 zum Präsidenten gewählt. Nach offizieller Darstellung waren die Ukrainer unzufrieden mit dem «wachsenden Autoritarismus» von Präsident Viktor Janukowitsch und seiner Weigerung, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Janukowitsch und andere hochrangige Beamte behaupten jedoch, die gewaltsame Revolution sei von den USA mit dem Ziel eines Regimewechsels inszeniert worden.

Stone spekuliert, dass Putins Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, zum Teil von der Erkenntnis beeinflusst worden sein könnte, dass die USA einen Regimewechsel in Russland anstreben und dafür bereit sind, die Ukraine zu zerstören.

Die brennende Ukraine

«Ukraine on Fire» konzentrierte sich auf die Maidan-Revolution, die 2013 in Kiew begann. Nach drei Monaten friedlicher Proteste gegen die Entscheidung der ukrainischen Regierung, kein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU zu unterzeichnen und stattdessen ein Angebot Russlands vorzuziehen, brach tödliche Gewalt aus.

Petro Poroschenko wurde in einer Sonderwahl im Mai 2014 zum Präsidenten gewählt. Nach offizieller Darstellung waren die Ukrainer mit dem «wachsenden Autoritarismus» von Präsident Viktor Janukowitsch und seiner Weigerung, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, unzufrieden und stürzten ihn deshalb.

Janukowitsch und andere hochrangige Beamte behaupten jedoch, die gewaltsame Revolution sei von den USA zum Zweck des Regimewechsels inszeniert worden. Durchgesickerte Gespräche enthüllten, dass hochrangige Beamte darüber diskutierten, wie ein Staatsstreich zum Sturz der demokratisch gewählten ukrainischen Regierung durchgeführt werden könnte.

Mehr darüber und den Film können Sie in meinem früheren Artikel «Ukraine on Fire: 2016 Documentary by Oliver Stone» lesen. Der derzeitige Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selensky, ein ehemaliger Komiker und Schauspieler, wurde im April 2019 gewählt.

Putin, der Führer und der Mensch

In diesem Interview konzentrieren sich Fridman und Stone hauptsächlich auf Putin – wie und was er denkt, basierend auf Stones Wahrnehmung des Mannes – und Russlands Einmarsch in der Ukraine. Stone zeigt eine andere Seite Putins, die viele Amerikaner wahrscheinlich noch nie gesehen haben, und erklärt, warum Putins Verhalten – vielleicht überraschenderweise – rational ist.

Die USA haben eine lange Geschichte antisowjetischer Voreingenommenheit. Wie Stone feststellte, vertraten die Amerikaner den Standpunkt, dass der Kapitalismus funktioniert und der Kommunismus nicht.

Das moderne Russland ist nicht mehr kommunistisch (1, 2, 3), doch die Feindschaft der USA gegen Russland besteht nach wie vor, während die US-Regierung ironischerweise jetzt alles in ihrer Macht Stehende tut, um den Kommunismus hier zu implementieren – und darüber hinaus.

Stone stellt fest, dass Putin «sehr marktwirtschaftlich orientiert» ist und sehr deutlich gemacht hat, dass er die nationale Souveränität für den Weltfrieden und harmonische Beziehungen für vorrangig hält. Putin besteht darauf, dass alle Nationen souverän sein müssen, «und ich glaube, die Vereinigten Staaten haben das nie akzeptiert», sagt Stone. Die USA, so Stone, seien viel mehr daran interessiert, dass sich die Nationen ihnen und ihren Ideologien unterordnen.

Stone zufolge geniesst Putin in anderen Ländern generell einen guten Ruf als ein Mann, der die Interessen seines Landes fördert, aber nicht auf Kosten anderer. Die Welt in Harmonie zu halten, «das war schon immer sein Ziel», betont Stone.

Auf die Frage, ob er glaube, dass Macht einen korrumpierenden Einfluss auf Putin habe, antwortet Stone, dass Putin sich niemals halten würde, wenn er wie ein Diktator handeln würde. Das russische Volk würde ihn nicht in einer Machtposition halten – die er mit Unterbrechungen seit etwa 20 Jahren innehat.

Russland ist eine funktionierende Demokratie, und der Unmut des Volkes würde sich auf verschiedene Weise äussern. Die Wahlurne ist nur ein Weg, auf dem sie ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen. Aber offensichtlich sind sie der Meinung, dass Putin das Land gut schützt und sich um seine Bedürfnisse kümmert.

Fridman hingegen stellt fest, dass er eine Mischung aus Angst und Apathie gegenüber der Führung spürt, wenn er mit russischen Familienangehörigen und Freunden spricht, und das macht ihm Sorgen. Stone erwidert auf Fridmans Befürchtungen, er habe «in der – russischen – Presse viel mehr Freiheit gesehen, als im Westen dargestellt wird, und das bedeutet unterschiedliche Standpunkte. Die Russen streiten sich ständig untereinander. Ich habe noch nie ein streitsüchtigeres Land gesehen.

Stones Erfahrungen mit Putin

Ein Teil von Putins politischer Langlebigkeit mag etwas mit seiner Fähigkeit zu tun haben, sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen. «Ich habe nie erlebt, dass er die Beherrschung verloren hat», sagt Stone und stellt fest, dass die meisten Amerikaner zu Emotionen neigen, Putin sich dagegen ruhig, rational, ausgeglichen, reif und respektvoll verhält, selbst unter Druck. Und im Gegensatz zu charismatischen Diktatoren wie dem ehemaligen venezolanischen Staatschef Hugo Chavez versucht Putin nicht, Sie zu bezirzen. Er ist geradlinig.

Alle Interviews mit Stone wurden ohne Regeln oder Einschränkungen gewährt. Alle Fragen waren erlaubt. Nichts war tabu. Putin verlangte auch nicht, etwas von der Arbeit zu sehen, bevor sie veröffentlicht wurde. «Er hat mir vertraut», sagt Stone.

Laut Stone hat Putin «keine imperialen Absichten» und hat wiederholt seinen Wunsch geäussert, freundschaftliche Beziehungen zu den USA zu unterhalten. Leider wurde Putins Ruf von den US-Medien beschädigt, von Leuten, die aus einer politischen Agenda heraus handeln, von Leuten, die ihn nie getroffen haben, nie in Russland waren und die russische Geschichte nicht kennen. Dieses von den USA geschaffene Bild von Putin als Feind seines eigenen Volkes und der übrigen Welt hat die Beziehungen erschwert.

Stones anfängliche Haltung zu Russlands Invasion in der Ukraine

Stone übte in einem Facebook-Post vom März 2022 schärfere Kritik an Putin, in dem er sich wie folgt zum Einmarsch Russlands in die Ukraine äusserte:

«Obwohl die Vereinigten Staaten viele Angriffskriege auf dem Gewissen haben, rechtfertigt das nicht die Aggression von Herrn Putin in der Ukraine. Ein Dutzend Unrecht ergibt noch kein Recht. Der Einmarsch Russlands war falsch. Er hat zu viele Fehler gemacht: Den ukrainischen Widerstand unterschätzt, die Fähigkeit des Militärs, sein Ziel zu erreichen, überschätzt.

Er hat die Reaktion Europas unterschätzt, insbesondere Deutschlands Erhöhung des militärischen Beitrags zur Nato, gegen die es sich 20 Jahre lang gewehrt hat; sogar die Schweiz hat sich der Sache angeschlossen. Russland wird mehr denn je vom Westen isoliert sein.

Des Weiteren hat er unterschätzt: Die verstärkte Macht der Nato, die nun mehr Druck auf Russlands Grenzen ausüben wird,

die wahrscheinliche Aufnahme der Ukraine in die Nato,

den Schaden für die eigene Wirtschaft, die mit Sicherheit mehr internen Widerstand in Russland erzeugt, eine umfassende Neuordnung der Machtverhältnisse in der Oligarchenklasse des Landes,

den Einsatz von Streu- und Vakuumbomben,

und die Macht der sozialen Medien weltweit.

Aber wir müssen uns fragen, wie hätte Putin die russischsprachige Bevölkerung von Donezk und Luhansk retten können?

Zweifelloos hätte seine Regierung der Welt das achtjährige Leiden dieser Menschen und ihrer Flüchtlinge besser vor Augen führen können – und auch den ukrainischen Aufmarsch von 110'000 Soldaten an der Grenze zwischen Donezk und Luhansk hervorheben können, der im Wesentlichen vor dem russischen Aufmarsch stattfand. Aber der Westen betreibt eine viel bessere Öffentlichkeitsarbeit als die Russen.

Oder vielleicht hätte Putin die beiden überfallenen Provinzen aufgeben und 1 bis 3 Millionen Menschen Hilfe bei der Umsiedlung nach Russland anbieten sollen. Dann hätte die Welt die Aggression der ukrainischen Regierung vielleicht besser verstanden. Aber auch da bin ich mir nicht sicher.

Aber jetzt ist es zu spät. Putin hat sich ködern lassen und ist in die von den USA gestellte Falle getappt und hat sein Militär eingesetzt, was die schlimmsten Schlüsse zulässt, die der Westen ziehen kann.

Wahrscheinlich hat er, so denke ich, den Westen aufgegeben, und das bringt uns einer endgültigen Konfrontation näher als je zuvor. Es scheint keinen Weg zurück zu geben.

Die Einzigen, die sich darüber freuen, sind die russischen Nationalisten und die Legion der Russenhasser, die endlich das bekommen haben, wovon sie seit Jahren geträumt haben, das heisst Biden, das Pentagon, die CIA, die EU, die Nato, die Mainstream-Medien – und nicht zu vergessen Victoria Nuland und ihre finstere Neokon-Gang in Washington. Dies wird den «uber Hawks» in der Öffentlichkeit eine deutliche Rechtfertigung geben.

Auf die Giftigkeit ihrer Politik hinzuweisen – Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien, Nato-Erweiterung, Bruch von Nuklearverträgen, Zensur und Verschweigen wichtiger Fakten in den Nachrichten und so weiter – wird nahezu unmöglich sein. Der Hinweis auf die westliche Doppelmoral, einschliesslich des schlechten Verhaltens von Kiew und Selensky, wird ebenfalls auf taube Ohren stossen, da wir erneut die falschen Schlüsse ziehen.

Es ist jetzt einfacher, diejenigen von uns zu verleumden, die in den letzten zwei Jahrzehnten versucht haben, die russische Position zu verstehen. Wir haben es versucht. Aber jetzt ist es an der Zeit, dass die beiden Atomkräfte, so wie John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow im Oktober 1962 die gefährliche Situation auf Kuba gemeistert haben, den Weg zurück vom Abgrund finden. Beide Seiten müssen ihr Gesicht wahren. Dies ist nicht der Moment für die USA, sich zu freuen. Als Vietnamkriegsveteran und als Mann, der die endlose Feindschaft des Kalten Krieges miterlebt hat, ist die Dämonisierung und Demütigung ausländischer Führer keine Politik, die Erfolg haben kann. Das macht die Situation nur noch schlimmer. Verhandlungen über die Hintertür sind notwendig, denn was auch immer in den nächsten Tagen oder Wochen geschieht, das Gespenst eines endgültigen Krieges muss realistisch akzeptiert und vermittelt werden.

Wer kann das tun? Gibt es echte Staatsmänner unter uns? Vielleicht, so bete ich, Emmanuel Macron. Bringt uns Leute wie Metternich, Talleyrand, Averell Harriman, George Shultz, James Baker und Michail Gorbatschow.

Die grosse, unsichtbare Tragödie im Herzen dieser Geschichte unserer Zeit ist der Verlust einer echten frielichen Partnerschaft zwischen Russland und den USA – mit, ja, möglicherweise China, kein Grund, warum nicht, ausser Amerikas Wunsch nach Dominanz.

Die Idioten, die Russland nach dem Ende des Kalten Krieges 1991 weiter provozierten, haben ein schreckliches Verbrechen gegen die Menschheit und die Zukunft begangen. Gemeinsam hätten unsere Länder natürliche Verbündete in der grössten aller Schlachten gegen den Klimawandel sein können.

Allein durch seine technischen Errungenschaften, die Wissenschaft im grossen Stil, die Raketentechnik, die Schwerindustrie und die modernsten, sauberen Kernenergiereaktoren ist Russland ein grosser Freund der Menschheit gewesen. Leider hat es der Mensch in unserem Jahrhundert bisher versäumt, nach den Sternen zu sehen oder zu greifen.»

Wie sieht er es jetzt?

Wie sieht er jetzt, zwei Monate später, die Situation? «Es ist sehr schwer, in dieser Sache ehrlich zu sein, weil der Westen einen Vorhang heruntergelassen hat. Jeder, der die Invasion in der Ukraine und ihre Folgen infrage stellt, ist ein Feind des Volkes», antwortet Stone.

«Ich habe in meinem Leben noch nie eine solche Wand aus Propaganda gesehen wie im Westen.»

Und die Art und Weise, wie die europäischen Länder der Nato zu Hilfe eilen, deutet darauf hin, dass sie in der Tat keine Souveränität über ihre eigenen Länder haben, sagt Stone. Warum hat die Nato seit 2014, als die Ukraine unter Poroschenko als Verbündeter der USA eine antirussische Position einnahm, nicht gegen die Massaker in der ukrainischen Region Donbass protestiert?

Es gab Todesschwadronen, die lokale Führung wurde ermordet, ebenso wie Journalisten. Zwischen 2014 und Anfang 2022 wurden schätzungsweise 14'000 ukrainische Russen vom ukrainischen Militär und den Nazibataillonen getötet und die USA haben sie dabei unterstützt und tun dies auch weiterhin.

Stone behauptet, aus den Protokollen der Sonderbeobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ukraine gehe hervor, dass vor dem «Einmarsch» Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 schwere Artillerie von ukrainischer Seite in den Donbass eindrang. Nach Angaben des russischen Aussenministeriums handelte es sich bei der Aktion Moskaus gegen die Ukraine um eine «spezielle Militäroperation» zur Beendigung der «systematischen Ausrottung der Bevölkerung im Donbass».

«Wir können die russische Invasion in der Ukraine nicht analysieren, ohne den seit 2014 andauernden Donbass-Konflikt zu berücksichtigen.»

Die ukrainischen Streitkräfte hatten sich an der Grenze formiert, und Stone glaubt, dass die Ukraine tatsächlich eine Invasion des Donbass plante. Russland reagierte daraufhin mit der Entsendung von Streitkräften an die Grenze, aber diese Aufstockung auf beiden Seiten wurde von den westlichen Medien weitgehend ignoriert, die sie als plötzliche und unprovokierte Invasion Russlands darstellten.

Mit anderen Worten: Wir können die russische Invasion in der Ukraine nicht analysieren, ohne den seit 2014 andauernden Donbass-Konflikt zu berücksichtigen. Stone ist überzeugt, dass Poroschenko von Beginn seiner Präsidentschaft an angewiesen wurde, Verhandlungen mit Russland abzulehnen und eine feindliche Haltung einzunehmen.

«Das ist sehr, sehr gefährlich», sagt Stone. Auch Selensky hält seit 2019 an dieser Haltung fest. «Die ganze Welt wird dadurch geschädigt, und niemand spricht es aus.»

Stone glaubt, dass Putin erkannt hat, dass die USA einen Regimewechsel in Russland anstreben und bereit sind, die Ukraine zu zerstören, um dies zu erreichen. Also hat er gehandelt.

Fridman schlägt vor, dass der Ukraine-Konflikt in Wirklichkeit ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und den USA sein könnte, und Stone scheint dieser Theorie zuzustimmen. Aber das gibt uns immer noch keinen tieferen Einblick in diesen Krieg. Putin hätte den Donbass aufgeben und den Flüchtlingen einen sicheren Hafen bieten können. Er hat sich dagegen entschieden, aber wir wissen nicht, warum.

Was auch immer der Grund war, Stone ist davon überzeugt, dass es sich um einen kalkulierten Schachzug handelte – und nicht um einen, der auf Machtmissbrauch beruht. Er weist auch darauf hin, dass Selensky kurz vor dem Einmarsch Russlands die Einfuhr von Atomwaffen in die Ukraine erwähnt hatte, was einen Alarm auslöst und Putins Entscheidungen beeinflusst haben könnte.

Stone warnt auch davor, dass die USA zu einer nuklearen und/oder chemischen False-Flag-Aktion fähig sind. Ein kleiner nuklearer Sprengsatz könnte im Donbass gezündet werden, und selbst wenn dies keinen Sinn ergäbe, würde die Propagandamaschine automatisch Russland die Schuld zuschieben. Natürlich verfügt Russland auch über ein beträchtliches Atomwaffenarsenal, das in den Vordergrund gerückt werden könnte.

«Können wir vom Rande eines Atomkriegs zurückgehen?», fragt Fridman. «Ja», antwortet Stone. «Was brauchen wir, um das zu erreichen?» Stone antwortet:

«Vernunft. Vernunft, und dann Diplomatie. Reden Sie mit dem Kerl. Mr. Biden, warum beruhigen Sie sich nicht und sprechen mit Mr. Putin in Moskau. Und versuchen Sie, eine Diskussion zu führen, ohne in Ideologien zu verfallen.»



Oliver Stone: Vladimir Putin and War in Ukraine — Lex Fridman Podcast

Dr. Joseph Mercola ist der Gründer von Mercola.com, hat zahlreiche Auszeichnungen für seine Arbeit in der Naturmedizin erhalten und ist der Autor mehrerer New York Times-Bestseller.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel «Is There a Way Out of the Russia-Ukraine War?» bei OH-17 News. Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrekturteam lektoriert.

Quellen und Anmerkungen:

(1) <https://www.salon.com/2022/03/01/bewildered-conservatives-call-putin-a-soviet-dictator-runs-a-communist-country/>

(2) <https://www.newyorker.com/magazine/2014/08/11/watching-eclipse>

(3) <https://www.newsweek.com/most-republicans-wrongly-believe-russia-communist-country-poll-1684317>

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/stein-des-anstosses>

Ukrainische Armee führt beispiellosen Bombenangriff durch, westliche Politiker und Medien schweigen

uncut-news.ch, Juni 19, 2022



Am 13. Juni startete die ukrainische Armee einen beispiellosen Bombenangriff auf Donezk in der Ostukraine. Sechs Zivilisten starben, darunter ein Kind, und Dutzende wurden verletzt, berichtet die kanadische Journalistin Eva Bartlett, die vor Ort war.

Die Bewohner der Stadt wurden terrorisiert und Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen und sogar ein Kindergarten wurden unter Beschuss genommen. Nach Angaben von Anwohnern handelte es sich um einige der schwersten Bombardierungen seit Beginn des Krieges im Jahr 2014.

Die ukrainische Armee bombardierte unter anderem ein Entbindungskrankenhaus, in dem sich zu diesem Zeitpunkt Dutzende von Patientinnen befanden. Die Frauen suchten Schutz im Keller, und wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt.

Westliche Medien behaupten regelmässig, dass die russische Armee Luftangriffe auf Krankenhäuser durchführt, aber diese Behauptungen erweisen sich als Kriegspropaganda und Fälschungen, sagt Bartlett von dem Ort aus, an dem eine ukrainische Rakete das Entbindungskrankenhaus getroffen hat.

Einige Medien berichteten am 13. Juni, die Bombardierung von Donezk sei von Russland durchgeführt worden. Dieselben Medien hatten zuvor behauptet, Russland habe einen Luftangriff auf ein Entbindungskrankenhaus in Mariupol durchgeführt. Später stellte sich heraus, dass das Krankenhaus von Nazis des Asow-Bataillons übernommen worden war, die dann den Bombenanschlag inszeniert hatten. Eine der Patientinnen, sagte, es habe gar keinen Luftangriff gegeben.

Westliche Politiker und Medien verlieren kein Wort über die Angriffe auf Donezk und das Entbindungsheim oder verdrehen die Tatsachen. Auf diese Weise ermöglichen sie der Ukraine, weiterhin Kriegsverbrechen zu begehen.



Quelle: <https://uncutnews.ch/ukrainische-armee-fuehrt-beispiellosen-bombenangriff-durch-westliche-politiker-und-medien-schweigen/>

Sofortiger Schluss mit den Sanktionen!

22. Juni 2022



Am Montagvormittag zogen 80'000 Menschen durch die Strassen von Brüssel, um für mehr Kaufkraft zu demonstrieren. Sie sollte Vorbild und Initialzündung für eine Bewegung sein, die spätestens nach Beendigung der Sommerpause auch Deutschland erfassen muss.

Von WOLFGANG HÜBNER | Im Fussball sind Eigentore in aller Regel das Ergebnis missglückter Abwehraktionen. Eigentore als Folge einer verunglückten Offensivaktion hat es meiner Kenntnis nach noch nie gegeben. Dieses Kunststück hat nun aber der Wertewesten mit seinen masslosen Sanktionen gegen Russland vollbracht. Vier Monate nach den Sanktionsbeschlüssen kann bilanziert werden: Die Russische Föderation wird diese feindlichen Massnahmen mit Schäden, doch ganz sicher ohne Totalschaden überstehen; Putin wird so nicht ruiniert, sondern sitzt fest im Sattel des flächengrössten und rohstoffreichsten Staates der Welt. Riesigen, derzeit noch gar nicht absehbaren Schaden fügen sich hingegen die meisten derjenigen Staaten zu, die diese Kriegserklärung gegenüber Moskau mittragen, allen voran Deutschland.

Ja, es muss klargestellt werden: Mit den Waffen von Sanktionen geführte Wirtschaftskriege sind auch Kriege. Und oft genug nur die Vorstufe zu blutigen militärischen Auseinandersetzungen. Und auch das ist Tatsache: Russland hat trotz seiner völkerrechtswidrigen Intervention in der vom Westen stark militarisierten Ukraine keinerlei wirtschaftsschädigende oder gar militärische Handlung gegen die EU, die NATO oder einen der an den Sanktionen beteiligten Einzelstaaten begangen. Hingegen haben die westlichen Länder nicht nur eine ökonomische Aggression gegen Russland gestartet, konfiszieren (stehlen) sogar russisches Eigentum oder das von russischen Staatsangehörigen, sondern liefern auch im grossen Stil todbringende Waffen an die Ukraine.

Wer all das leugnet oder beschönigt, ist bestenfalls erstaunlich desinformiert, meist aber der Meinung, das sei alles recht so. Diese Meinung können viele Millionen Menschen nicht teilen, wenn sie genauer hinsehen, was das für sie und ihre Familien bedeutet: Preisexplosion bei Energie, nochmalige Verschärfung der Inflationsentwicklung, Rezessionsgefahr mit Verlusten von Existenzen und Arbeitsplätzen, Anstieg der Rüstungsausgaben auf Kosten von Schulden oder Einbussen bzw. Streichung sozialer Aufwendungen und so weiter. Die 80'000 Menschen, die am Montag in Brüssel dagegen demonstriert haben, müssen Vorbild und Initialzündung für eine Bewegung sein, die spätestens nach Beendigung der Sommerpause auch Deutschland erfassen muss.

Dazu ist es notwendig, dass alle politischen Parteien und Organisationen, alle gesellschaftlichen Institutionen wie Gewerkschaften, Kirchen oder Verbände Farbe bekennen müssen: Für die Sanktionen mit allen Konsequenzen oder umgehender Schluss mit der asozialen Selbstschädigung und Kriegstreiberei! Es kann und darf, auch in Anbetracht des völligen Fehlschlags der Sanktionsorgie, keine Zwischenposition mehr geben. Und sage keiner, es sei unrealistisch oder von vornherein vergeblich, ohne Wenn und Aber eine Beendigung der Beteiligung Deutschlands an den Sanktionen und der Kriegstreiberei zu fordern: Wer sich als Patriot versteht, muss das tun. Und das müssen auch alle tun, die nicht unter den negativen Folgen der Sanktionen leiden wollen.

Alle anderen können weiterhin blaugelbe Fähnchen schwenken – sie können sich das offenbar leisten. Mal sehen, wie viele es davon im kommenden Herbst und Winter noch geben wird. Dass die Politiker, die dieses Desaster zu verantworten haben, keinen Rückzieher machen werden, ist wohl überflüssig zu erwähnen. Diese Sache müssen deshalb nun diejenigen selbst in die Hand nehmen, die ihr Schicksal nicht mehr länger Leuten überlassen wollen, die Millionen Menschen mit Propaganda und Durchhalteparolen wie «Kriegen für Kiew» hinters Licht führen und am Ende sogar noch in einen schrecklichen Krieg treiben könnten!



Wolfgang Hübner.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der «Bürger für Frankfurt» (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite und seinen Telegram-Kanal erreichbar.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2022/06/sofortiger-schluss-mit-den-sanktionen/>

Russland - Die Regeln haben sich geändert

Dienstag, 21. Juni 2022 , von Freeman-Fortsetzung um 05:28



Russland ist fertig mit dem Westen. Die Scheidung ist fast abgeschlossen. In den letzten Tagen haben wir von allen wichtigen russischen Führern das Gleiche gehört: «Der Westen wird jetzt nach unseren Regeln spielen.»

Sie können selbst entscheiden, ob Russland Schecks ausstellt, die es nicht einlösen kann, aber in den Worten von Aussenminister Sergej Lawrow, der der BBC unverblümt sagte: «Wir scheren uns nicht um die Ansichten des Westens.» Lawrow war im Umgang mit den europäischen Medien stets die Seele der Höflichkeit und Diskretion.

Seine offene Feindseligkeit gegenüber seinem BBC-Interviewer war nicht nur spürbar, sondern auch schwer zu widerlegen. Er setzte noch eins drauf:

«Ich glaube, es gibt nicht einmal mehr Platz für ein Manöver», antwortete Lawrow.

Denn sowohl [Premierminister Boris] Johnson als auch [Aussenministerin Liz] Truss sagen öffentlich: «Wir müssen Russland besiegen, wir müssen Russland in die Knie zwingen.» Also los, macht es.

Die russische Führung spricht nie so offen und unverblümt. Es ist fast so, als würde Lawrow den Komiker Dennis Miller zitieren, der zu sagen pflegte: «Wenn du dich wie ein Frosch fühlst, dann mach den Sprung.» Mal sehen, wo das hinführt.

Russland weiss, dass es den Westen in den Seilen hat. Wir brauchen das, was sie produzieren, und jetzt sind sie entschlossen, die Regeln dafür festzulegen, wer sie bekommt und zu welchem Preis. Es weiss, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs Marionetten sind, die die Hand von Klaus Schwab im Hintern haben.

Und es weiss, dass Davos von nun an keinerlei Einfluss mehr auf Russlands Handeln hat.

Das bringt mich zu den oben verlinkten Äusserungen von Gazprom-Chef Alexej Miller, der auf einer Podiumsdiskussion des St. Petersburger Wirtschaftsinvestitionsforums (SPEIF) sprach und die Situation auf den Punkt brachte.

Das Spiel mit dem Nominalwert des Geldes ist vorbei, denn dieses System erlaubt es nicht, das Angebot an Ressourcen zu kontrollieren. ... Unser Produkt, unsere Regeln. Wir spielen nicht nach Regeln, die wir nicht geschaffen haben.

Millers Erklärung sollte als Grundsatzerklärung für alle Einsatzgebiete Russlands verstanden werden. Das gilt nicht nur für Erdgas oder Öl. Es geht um alles. Alle Beziehungen Russlands zum Westen werden von nun an zu seinen Bedingungen erfolgen, nicht zu denen des Westens.

Dies ist eindeutig der grösste geopolitische Mittelfinger in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Miller legt eindeutig die Regeln für ein neues, rohstoffzentriertes Währungssystem fest, das auf dem basiert, was Zoltan Poszar von der Credit Suisse als «Aussengeld» bezeichnet – Rohstoffe, Gold, sogar Bitcoin – und nicht auf dem ungeheuerlichen Gebrauch des Westens von «Innengeld» – schuldenbasiertem Fiatgeld und Krediten – um altes kolonialistisches Verhalten aufrechtzuerhalten, das sein Verfallsdatum längst überschritten hat.

Ich habe das grundlegende Problem in einem Artikel vom März dargelegt, nachdem Russland den Rubel an das Gold gekoppelt hatte.

Der heutige «Inside Money»-Standard, umgangssprachlich als Dollar-Reserve-Standard bekannt, ist eigentlich das, was ich gerne als «Milton Friedmans Alptraum» bezeichne. Es ist nichts anderes als ein System konkurrierend abgewerteter und aufgeblasener schuldenbasierter Wertpapiere, die sich gegenseitig die Milchshakes wegstinken, bis das Glas für alle leer ist.

Miller ist jetzt definitiv ein Typ, der das Glas voll hat.

Diese Äusserungen kamen, nachdem Gazprom damit begonnen hatte, den Gasfluss durch die Nordstream-1-Pipeline nach Europa zu drosseln, unter dem Vorwand, dass reparierte Gasturbinen im faschistischen Kanada festsässen und wegen der Sanktionen nicht an Siemens zurückgeschickt werden könnten.

Jetzt versuchen Deutschland und Kanada herauszufinden, wie die Sanktionen umgangen werden können, um diese Turbinen zurückzubekommen.

Gleichzeitig hat Miller China mehr Gas zugesagt (Anstieg um 67% gegenüber dem Vorjahr bis Mai), weil Russland an einer stabilen Energieversorgung seiner Freunde interessiert ist, während seine Feinde verhungern können.

Reuters berichtet, dass «Russlands Gazprom die Gaslieferungen nach China in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 67% erhöht hat, sagte der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Alexej Miller, am Donnerstag.»

Ebenfalls am Mittwoch führten der russische Präsident Wladimir Putin und der chinesische Präsident Xi Jinping ihr zweites Telefongespräch seit Beginn des Ukraine-Krieges. Xi sagte Putin, China sei «bereit, Russland in Fragen, die Kerninteressen und wichtige Anliegen wie Souveränität und Sicherheit betreffen, weiterhin gegenseitige Unterstützung anzubieten», so der staatliche Sender CCTV.

Die Arroganz der EU-Kommissare versetzt mich immer wieder in Erstaunen. Diese Leute erklären Russland geradezu den Krieg und zeigen sich dann schockiert (schockiert, sage ich!), dass Russland sie so behandelt. Am selben Tag, an dem vier Mitglieder der EU-Kommission – Frankreich, Italien, Deutschland und Rumänien – die beschleunigte Bearbeitung des Beitrittsantrags der Ukraine genehmigen, fordert Frankreichs Emmanuel Macron den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky auf, mit Russland an den Verhandlungstisch zu gehen.

Selbst wenn Selensky diese Angebote an Russland machen würde, gäbe es angesichts seiner öffentlichen Erklärungen zu seinen Bedingungen absolut keine Chance, dass Russland zu Gesprächen bereit wäre.

Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich nichts anderes, als dass Russland die ukrainische Armee weiter dezimiert, das gewünschte Gebiet einnimmt und dann lokale Wahlen in den eroberten Gebieten durchführt, damit diese entweder unabhängige Staaten oder Teil Russlands werden.

Letzteres ist derzeit wahrscheinlich, da Russland jetzt in den von der Ukraine eroberten Gebieten russische Pässe ausstellt, die die EU natürlich nicht anerkennen wird, bis sich niemand mehr dafür interessiert, was sie denken.

Die Regeln ändern sich schnell. Mit Blick auf die Zukunft besteht die reale Gefahr, dass das, was Russland in Gang gesetzt hat, zu etwas führt, das niemand in Betracht ziehen will. Natürlich hat der Westen dazu beigetragen, diese Situation zu schaffen, indem er Putin zum Einmarsch in die Ukraine gezwungen hat, so dass es letztlich irrelevant ist, wer die Schuld daran trägt, wohin das alles führt.

Hoffen wir, dass das Gerede aus dem Westen, die Sanktionen seien zu weit gegangen, und das Brustklopfen der schlimmsten US-amerikanischen und britischen Neocons von niemandem mehr ernst genommen wird, der seine Finger in der Nähe der Abschusscodes hat.

Wenn das der Fall ist, dann werden diese neuen Regeln erst dann zähneknirschend akzeptiert werden, wenn viele Grenzen neu gezogen, neue Allianzen gebildet und eine andere Weltordnung geschaffen worden sind.

Heute Morgen erklärte Präsident Putin die alte Weltordnung für tot. Er beendete seine Rede, in der er detailliert darlegte, wie der Westen Selbstmord begeht, um den Wünschen der Davoser Crowd zu entsprechen, mit der folgenden endgültigen Aussage:

«Russland tritt in die kommende Ära als ein mächtiges, souveränes Land ein. Wir werden die enormen neuen Möglichkeiten, die die Zeit für uns eröffnet, definitiv nutzen. Und wir werden noch stärker werden.» Damit hat Putin recht. Russland wird von Tag zu Tag stärker. Der Westen hat sein Bestes gegeben, um Russland zu zerstören, und hat sein Ziel verfehlt. Er hat die wahren Schuldigen für die Probleme Europas und der USA klar benannt: Die Unterwürfigkeit gegenüber einer Oligarchenklasse, die sich berechtigt fühlt, die Welt zu regieren.

Als der Krieg begann, schrieb ich darüber, was ich für Putins Absichten hielt. Damals war das reine Spekulation:

Russland hatte bei den Verhandlungen über die Ukraine alle Trümpfe in der Hand, und wir verfolgten rücksichtslos eine Politik der Beleidigungen und der dilettantischen Propaganda, indem wir uns weigerten zu glauben, Russland würde sich nicht endgültig durchsetzen.

Indem es Stiefel auf den Boden stellte, Flugzeuge in die Luft schickte und Raketen in den Arsch jeder ukrainischen Militäreinrichtung im ganzen Land schickte, stellte Russland das «Macht macht Recht»-Argument der USA und Europas auf den Kopf.

Das Spiel hat sich geändert, weil sich die Regeln geändert haben. Es ist nicht länger ein rhetorisches Hühnerdrama und ein Spiel der Tugendhaftigkeit.

Heute ist es eine Tatsache. Als Putin die Ukraine angriff, war das ultimative Ziel, dass Russland den Westen nicht mehr als gleichwertig behandelt und den globalen Süden aus seiner «Vasallentreue» herausführt. Putin ist deshalb so verhasst, weil er weiss, dass es zwei Arten von Ländern gibt: «Souveräne» und «Vasallen».

Es ist sein Lebenswerk, Russland zu einem «souveränen» Staat zu machen, der frei vom Westen ist.

Aus der Sicht Russlands war seine Militäroperation in der Ukraine seine Unabhängigkeitserklärung von der alten «regelbasierten Ordnung» der Nachkriegszeit. Ob gerechtfertigt oder nicht, wir befinden uns jetzt in einem neuen Zeitalter.

Die Frage ist nun, wie viele es überleben werden.

QUELLE: LUONGO: RUSSIA'S NEW RULES

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2022/06/russland-die-regeln-haben-sich-geandert.html#ixzz7WoxiqfTC>



Ein Artikel von: Albrecht Müller; 20. Juni 2022 um 8:50

Die NachDenkSeiten haben davon berichtet – Inkompetenz oder bewusste Fehlinformation? Tagesschau gibt ukrainischen Angriff auf Donezk als russischen aus –, dass die Tagesschau bewusst manipuliert, im konkreten Fall die Verantwortung für den tödlichen Beschuss eines Marktplatzes den Russen zuschreibt, obwohl er von ukrainischer Seite kam. – Am Abend des 17. Juni haben die Tagesthemen 13 Minuten lang eine Propagandasendung über das Angebot an die Ukraine, Beitragskandidat der EU zu werden, abgeliefert. Das war schon am 16. Juni, also einen Tag vorher, das Hauptthema der Sendung mit Berichten über den

Besuch von Scholz, Macron und Draghi. 18 (!) Minuten lang. – Am 17. Juni kam die Moderatorin Miosga dann nach Ablauf der 13 Minuten Wiederholung des Themas vom Vortag zu einem aktuellen Vorgang – zum Petersburger Wirtschaftsforum mit einer Erklärung Putins über die Wirkung der Sanktionen und einer klaren Ansage, dass die USA die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Konflikte sind. Albrecht Müller.

Wenn Sie einen guten Beleg für den Niedergang der Nachrichtensendungen der ARD gebrauchen können und dies in Ihrem Umkreis auch weitersagen wollen, dann sollten Sie sich die Sendung vom 17. Juni anschauen. Es ist eine reine Propagandasendung: Mit einer alten Geschichte zum Show-Master Selensky. Mit von der Leyen in blau-gelber Bekleidung. Mit Meldungen zum Erfolg der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine. Mit einem Statement des einschlägig bekannten Ralf Fücks. Mit dem klaren Bekenntnis zu Waffenlieferungen. Und dann auch noch mal zum Ereignis des Vortages: Besuch der Chefs von Deutschland, Frankreich und Italien in Kiew.

Nicht annähernd ausreichend besprochen und nicht dokumentiert werden die Folgen eines möglichen EU-Beitritts der Ukraine. Das wird massive Folgen haben für die Zahlungen, die wir zu leisten haben; auch die Agrarsubventionen werden in die Höhe gehen. Und die Welt wird weiter aufgeteilt in Blöcke. Es wurde nicht besprochen, dass die Teilung Europas in einen westlichen Block und in Russland und einige andere Länder im Osten nicht im Interesse Europas liegt. Es liegt im Interesse der USA.

Jenen NDS-Leserinnen und -Lesern, die sich immer wieder mal einen Eindruck vom Zustand der Hauptmedien Tagesschau und Tagesthemen verschaffen wollen, möchte ich zum Schluss noch einen Tipp geben: Ich rufe regelmässig im Internet die Tagesschau auf. Dabei bekomme ich dann einen Eindruck davon, was nach Meinung der Redaktion der Tagesschau wichtig ist. Ein bisschen Information bleibt dabei hängen, ansonsten aber der massive Eindruck einer auf Manipulation getrimmten Einrichtung.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=84960>

Das Waffenarsenal der Ukraine im Dark Web

uncut-news.ch, Juni 20, 2022

Die Ukraine wurde mit NATO-Waffen im Wert von zig Milliarden Dollar überschwemmt, von denen ein Grossteil jetzt im Dark Web und anderswo zum Verkauf steht.

Obwohl die NATO das Schurkenregime des Clownprinzen Selensky bereits mit genügend Material im Wert von etwa 50 Mrd. Dollar beliefert hat (nicht, dass irgendjemand mitzählen würde), um eine mittelgrosse Nation zu bewaffnen, gibt es überwältigende Beweise dafür, dass ein Grossteil dieser Waffen ihren Weg ins Dark Web gefunden hat, wo sie von Terroristen und anderen Unruhestiftern gekauft und nach eigenem Gutdünken eingesetzt werden. Obwohl die NATO zu Recht über diese jüngste Entwicklung besorgt ist, sollte sie sich selbst im Spiegel betrachten, um zu sehen, wer für diese jüngste Bedrohung verantwortlich ist.

Die UNO, das Weltwirtschaftsforum, die Australian National University und der Cambridge Independent haben sich zwar alle dazu geäussert, wie man Waffen über das Dark Web beschaffen kann, aber ihre Arbeiten drehen sich um diese Studie der Rand Corp, auf die wir nun ebenfalls zurückgreifen. Aus diesem Rand-Bericht geht hervor, dass die USA zwar fast 60% der Feuerwaffenlisten ausmachen, Europa jedoch den grössten Markt für den Waffenhandel im Dark Web darstellt und etwa fünfmal höhere Umsätze erzielt als die USA.



Rand zur Rettung

Aus dem Bericht geht hervor, dass 84 Prozent aller gelisteten Schusswaffen Pistolen waren, gefolgt von Gewehren (10 Prozent) und Maschinenpistolen (6 Prozent). Die Warnung von Interpol vor dem Verkauf von Javelin-Raketen im Dark Web, die die CIA nun vorhersehbar, aber alarmierenderweise als russische Desinformation bezeichnet, wäre ein grosser Schritt nach vorn bei solchen Verkäufen, etwa so, als würden Kinder von einem Limonadenstand zu Coca Cola wechseln, um Marktanteile zu gewinnen.

Da der Rand-Bericht davon ausgeht, dass der monatliche Gesamtwert des Waffenhandels im Dark Web nur etwa 80'000 Dollar beträgt, kommt er zu dem richtigen Schluss, dass «das Dark Web wahrscheinlich nicht die Methode der Wahl ist, um Konflikte anzuzünden, weil Waffen nicht in ausreichendem Umfang gehandelt werden und weil die Infrastruktur und die Dienstleistungen in einem Konfliktgebiet möglicherweise eingeschränkt sind». Die weitere Schlussfolgerung, dass «das Dark Web das Potenzial hat, zur bevorzugten Plattform für Einzelpersonen (z. B. einsame Terroristen) oder kleine Gruppen (z. B. Banden) zu werden» sowie für diverse andere Verrückte, um sich Waffen und Munition zu beschaffen, ist zwar bedenkenswert, aber solche Angriffe sind nichts im Vergleich zu einer Reihe von NATO-inspirierten Raketenangriffen auf serbische, ungarische, chinesische oder andere Passagierflugzeuge. Sowohl die Briten als auch die Amerikaner sind in dieser Hinsicht in Form.

DW shift, den Beitrag des deutschen Geheimdienstes zu den Desinformationskriegen der NATO, führt uns durch die 101 Möglichkeiten des Waffenkaufs im Dark Web; dies ist für die Deutschen von Belang, da einer ihrer Amokläufer von 2016 seine Waffe im Dark Web beschaffte. Die hübsche Reporterin der DW unterhält sich mit einer ebenso hübschen jungen Forscherin, die sich mit solchen dunklen Künsten auskennt, die dem Bericht zufolge ganz einfach zu sein scheinen. Man kauft im Dark Web ein, wie man bei Amazon oder Ebay einkaufen würde, klickt seine Bestellungen an und geht zur Kasse. Glock, Colt, Sig Sauer, Beretta, Ekol-Voltran, Ruger und Smith & Wesson sind, in dieser Reihenfolge, die beliebtesten Käufe. Die hübschen Fräuleins von DW Shift teilen uns mit, dass wir, da die Verkäufer dieser Artikel ebenso wie die entsprechenden Anbieter bei Amazon und Ebay bewertet sind, in Sicherheit einkaufen und unseren Einkauf von DHL an einen sicheren Ort unserer Wahl liefern lassen können.

Auftritt der IRA

Jeder, der glaubt, dass die NATO falsche Informationen liefert, verdient jede Minute seiner Gefängnisstrafe, die er bekommt. Die Irisch-Republikanische Armee (IRA) und ihre Ableger sind der Beweis dafür, dass solche Einkäufe nichts für den Gelegenheits-Browser von DW Shift sind. Wenn es für die IRA schwierig war, mittelschwere Waffen zu beschaffen, dann sollten Sie es sich vielleicht zweimal überlegen, ob Sie auf diesen dunklen Seiten einkaufen.

Dieser Artikel in der New York Times zeigt, wie die CIA die IRA mit Waffen versorgte, um zu verhindern, dass die IRA anderswo einkauft. Dass die CIA nun die IRA durch das Karfreitagsabkommen von 1998 kontrolliert, zeigt, wie erfolgreich diese Strategie war.

Die CIA war natürlich nicht der einzige amerikanische Lieferant der IRA. Der CIA-Agent und Bostoner Mafia-boss Whitey Bulger schickte ihnen ebenfalls Bootsladungen mit Waffen, die ordnungsgemäss beschlagnahmt wurden. Obwohl der libysche Staatschef Muammar Gaddafi zu einer viel wichtigeren Quelle wurde, ist es nicht einfach, Waffen zu beschaffen, da es unzählige, gut ausgestattete Parteien gibt, die einen daran hindern wollen.

Dies zeigt der Fall von Liam Campbell, der kürzlich von Irland an Litauen ausgeliefert wurde, weil er versucht haben soll, Waffen für seine Rumpffraktion der IRA zu beschaffen. Da eine Reihe irischer MI5-Agenten unter der Leitung von Dennis McFadden den palästinensischen Arzt Issam Bassalat und andere leichtgläubige Personen in eine Waffenfalle gelockt haben und der CIA-Agent David Rupert den Anführer der Rump IRA für 20 Jahre ins Gefängnis gebracht hat, gilt im Dark Web noch mehr als bei Amazon oder Ebay: caveat emptor, buyer beware. Es sei denn, man ist Mitglied einer vom MI5 kontrollierten Todesschwadron, die den Auftrag hat, Katholiken zu töten, dann kann man Waffen aus Südafrika oder Australien importieren, um das zu tun, was der MI5 für notwendig hält.

Die irische Lektion ist also, dass man, wenn man Waffen für eine sektiererische oder andere Kampagne beschaffen will, entweder mit Regierungen oder Gangstern oder mit beiden zusammenarbeiten muss, um die notwendigen Waffen zu beschaffen, die nicht billig sind. Die jüngsten Bandenmorde und die damit verbundenen Prozesse in Dublin sowie die IRA und ihre Ableger bestätigen diese Entwicklung.

Auftritt der Kiddy Fiddlers

Die Erfahrungen des internationalen Pädophilennetzwerks zeigen, welche Risiken selbst die Kriminellen eingehen, die sich in den dunkelsten Ecken des Dark Web am besten auskennen, wenn diese Raubtiere zur Beute werden. Die australische Task Force Argos hat viele dieser Kinderschänder-Netzwerke zur Strecke gebracht, nicht zuletzt die sehr ausgeklügelte Operation von Shannon Grant McCoolle, der von seiner südaustralischen Basis aus eine der verderbtesten Websites der Pädophilen betrieb. Aber nicht, wie der Fall von Peter Scully und Matthew Graham zeigt, die verkommenste Website. Obwohl Graham, seine technisch versierten Freunde und ihre Zehntausende von Kunden eine unaussprechliche Bedrohung für alle schutzbedürftigen Kinder der Welt darstellen, sind die Task Force Argos und ihre globalen Partner glücklicherweise eine Bedrohung für sie und im weiteren Sinne für jede Gruppe, die die Taschen der ukrainischen Todbringer über das Dark Web füllen möchte.

EncroChat

EncroChat war eine verdeckte Operation, auf die die australische Task Force Argos stolz gewesen wäre. EncroChat ermöglichte es Mitgliedern des organisierten Verbrechens, kriminelle Aktivitäten über verschlüsselte Nachrichten zu planen, die von den verschiedenen europäischen Polizeibehörden abgehört wurden. Über 1000 Verhaftungen in ganz Europa waren das Ergebnis dieser Aktion. Wie die australischen und amerikanischen Polizeibehörden in ähnlichen Fällen festgestellt haben, ist die Durchführung dieser Transaktionen für diejenigen, die sich nicht mit den dunklen Künsten auskennen, mit mehr Risiken als Gewinnen verbunden.

In Anbetracht der Erfahrungen mit Encrochat sollte man bedenken, dass sowohl Twitter als auch die CIA über eine beträchtliche Präsenz im dunklen Netz verfügen. Wenn Sie sich in deren dunkles Netz verstricken wollen, genießen Sie Ihre Zeit im Gefängnis.

Dunkle Märkte

Interpol hat auch auf den Handel mit illegaler Organentnahme hingewiesen, von dem ich bereits im Zusammenhang mit den kriminellen Aktivitäten der Muslimbruderschaft im von Terroristen kontrollierten Syrien gehört habe und der wie die meisten anderen Märkte über ein System von Hebeln funktioniert. Es gibt eine Nachfrage in Ländern wie Israel und der Schweiz, in denen Spender knapp sind, und es gibt ein offensichtliches Angebot in Ländern, in denen Armut herrscht oder, wie im Fall des von Rebellen kontrollierten Syriens, ein Überangebot an Gefangenen. Von den Rebellen sanktionierte Vermittler werden laut Interpol-Bericht dafür sorgen, dass die Märkte mit einer gewissen Effizienz funktionieren, zumindest bis das Geld den Besitzer wechselt. Da diese Gangster völlig skrupellos sind, werden medizinische Komplikationen, die von israelischen, schweizerischen oder anderen Ärzten behandelt werden müssen, höchstwahrscheinlich schnell auf diese Billigoperationen folgen.

Noch wichtiger für unsere Zwecke ist, dass das von Rebellen gehaltene Syrien einen sicheren Hafen für diese Art von Kriminalität bietet.

Die CIA: Market Maker

Die einzigen Gruppen, die das dunkle Netz der von der NATO gelieferten ukrainischen Waffen rentabel machen können, sind die westlichen Geheimdienste und ihre Stellvertreter, die weder in diesem noch in anderen Bereichen ehrliche Makler sind. Man braucht nur einen Blick auf die Iran-Contra-Affäre zu werfen, bei der das Reagan-Regime den islamischen Iran mit Waffen belieferte, um die nicaraguanischen Contras zu finanzieren. Ähnlich verhält es sich mit der Gary-Webb-Affäre, bei der die CIA Amerikas Ghettos mit Crack-Kokain überschwemmte, um den Kampf der Contras für die von den USA sanktionierte Demokratie zu finanzieren.

Der ukrainische Basar

Die Ukraine, Europas korruptestes Land, wurde mit NATO-Waffen im Wert von zig Milliarden Dollar überschwemmt, von denen ein Grossteil nun im Dark Web und anderswo zum Verkauf steht. Die einzigen möglichen «feindlichen» Absatzmärkte für solches Material sind Kriminelle und Terroristen; Nationen, die gegen die NATO sind, können aufgrund des Rufschadens, den solche Machenschaften ihnen zufügen würden, ausgeschlossen werden. Obwohl die Gruppe der organisierten Kriminalität Kinahan und ihre lateinamerikanischen Partner über beachtliche Waffenarsenale verfügen, würde das FBI sicher und schnell Vergeltung an ihnen üben, wenn sie NATO-Waffen zum Abschuss von NATO-freundlichen Flugzeugen einsetzen würden.

Bleiben also nur noch Terroristen oder, genauer gesagt, mit der NATO befreundete Terroristen, wie sie die NATO im Fruchtbaren Halbmond, im Südkaukasus, im indisch-pakistanisch-afghanischen Dreieck und in ganz Afrika gezüchtet hat. Da die Erfahrungen der IRA und ihrer verschiedenen Ableger zeigen, dass das Know-how zur Beschaffung und zum Einsatz solcher Waffen immer weit über ihre Möglichkeiten hinausging, kann man nur zu dem Schluss kommen, dass es eines grossen staatlichen Sponsors bedarf, um solche Waffen erfolgreich zu beschaffen und einzusetzen.

Die Erfahrungen des ISIS, der in der Lage war, Flotten nagelneuer Toyota-Lastwagen zu beschaffen, legen den Schluss nahe, dass nur die NATO und die ihr angeschlossenen Organisationen die erforderliche Logistik bereitstellen können, um solche Waffen nicht nur in der arabischen und asiatischen Welt, sondern auch in Westeuropa einzusetzen.

Der Bericht, dass diese fortschrittlichen ukrainischen Raketen in dem von der NATO kontrollierten Syrien auftauchen, würde die Hypothese bestätigen, dass die NATO ihr ukrainisches Engagement nutzt, um noch fortschrittlichere Waffen an die von ihr bevorzugten Eiferer in anderen Ländern zu liefern. Die ukrainische Niederlage der NATO macht syrische militärische und zivile Ziele zum offensichtlichen Schauplatz für Racheaktionen, natürlich mit den üblichen unglaublichen Dementis der NATO.

Globalisierung

Der schmutzige Krieg der NATO in der Ukraine ist nur einer von vielen heißen Kriegen, die sie derzeit in so unterschiedlichen Ländern wie Afghanistan, Algerien, Burkina Faso, Kamerun, Tschad, Kolumbien, DR Kongo, Äthiopien, Irak, Libyen, Mali, Mexiko, Mosambik, Myanmar, Niger, Nigeria, Südsudan, Syrien, Tansania, Tunesien und Jemen führt. Die NATO-Generäle verlegen Männer und Material von einem Schauplatz zum anderen, je nach Bedarf.

Im Krieg in der Ukraine ging es nie um Demokratie oder darum, den Idioten Zelensky an der Macht zu halten. Es ging darum, Russland, den Iran, Venezuela und China ausbluten zu lassen, und auch wenn Russland anscheinend nicht bereit ist, sich in der Ukraine umzudrehen, zeigen unsere früheren Beispiele, dass dies nicht bedeutet, dass die NATO von ihren kriminellen Machenschaften ablassen wird.

Obwohl die korrupte Zelensky-Junta mit fortschrittlichen NATO-Waffen überschwemmt wird, die für ihren Bedarf überflüssig sind, sind sie für den Bedarf der NATO an anderer Stelle nicht überflüssig. Je nach dem Bedarf der NATO an Ihrem Wohnort und laut diesem NATO-Bericht von 26 ethisch herausgeforderten ukrainischen Nichtregierungsorganisationen müssen Sie daher mit Javelin- und NLAW-Panzerabwehrsystemen, tragbaren Luftabwehrsystemen vom Typ Stinger und Starstreak sowie mit Switchblade-Munition zum Herumstreifen rechnen. Harpoon-Raketen, MQ-9 Reaper- und MQ-1 Predator-Drohnen werden in einem von der NATO unterstützten Krieg in Ihrer Nähe auftauchen. Und auch wenn die NATO-Medien so tun werden, als wären sie überrascht, wie das geschehen konnte, denken Sie daran, dass Sie es hier zuerst gelesen haben.

QUELLE: UKRAINE'S DARK WEB. ARMS

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-waffenarsenal-der-ukraine-im-dark-web/>

Ukraine-Krieg Ein Fehler und seine Korrektur

Von REDAKTION | Veröffentlicht vor 2 Tagen in: Medien

In 20 Sekunden hat die Tagesschau das Elend der Medien offenbart. Der ukrainische Beschuss von Donezk wurde umgedeutet in einen russischen. Die Tagesschau korrigiert sich. Im Netz. Das Bild bleibt im Kopf der Zuschauer. Die Hintergrund-Medienrundschau vom 17. Juni 2022. (Redaktion/17.6.22)

Die Tagesschau berichtet falsch. Erzählen Sie uns etwas Neues, mögen Sie jetzt sagen. Stimmt. Falschberichterstattung, Weglassen, Fehldeutungen, dafür kennen wir die Tagesschau seit Jahren. Aber lesen Sie erst einmal weiter. Es ist wichtig. Denn was diese Woche lief, war ein Musterbeispiel an Desinformation. Vom Fehler bis zur Berichtigung. Am Montag, 13. Juni, berichtete die Tagesschau in ihrer Hauptausgabe das Folgende: «Zivile Ziele, immer wieder stehen sie unter Beschuss der russischen Armee. Dies ist der Markt in der ostukrainischen Stadt Donezk, oder das, was davon übrig ist.» (archiviert auf Twitter) Wer schuld sein soll, ist offenkundig. Schliesslich folgt die Bitte um Waffenlieferungen durch den ukrainischen Präsidenten.



Der Tagesschau-Beitrag vom 13. Juni 2022: Blick auf den Markt von Donezk.
Screenshot: hintergrund.de, Mehr Infos

Vier Stunden zuvor, in der 16-Uhr-Sendung, war die Tagesschau gar noch eindeutiger: «Viel ist nicht übrig von diesem Markt in der ostukrainischen Stadt Donezk. Drei Menschen sollen bei dem russischen Angriff getötet, mehrere verletzt worden sein. Gegen den massiven Beschuss der russischen Armee ist die Ukraine zunehmend machtlos.» (archiviert auf Twitter) Um 16 Uhr und um 20 Uhr: Fehlinformationen in Deutsch-

lands Nachrichtensendung Nummer eins. Die Agentur Reuters, die Basis der Berichte war, spricht zutreffend von ukrainischem Beschuss (Ticker auf MSN, 16.6.22). Offenkundiger ging es kaum. Und so haben wir scheinbar nicht mehr viel zu tun an dieser Stelle; denn die Faktenchecker von Correctiv sind aktiv geworden. Die Behauptung in den Sozialen Netzwerken stimmt. Die Tagesschau berichtete falsch (Correctiv, 15.6.22).

Ein Versehen sei es gewesen, sagt die Sprecherin der ARD gegenüber Correctiv. Ein Versehen? Kommen die damit durch? Bei Correctiv schon. Deren Mitarbeiter geben den Beiträgen in den Sozialen Netzwerken recht und hinterfragen nicht weiter. Auch der Tagesschau-Blog gibt einen Tag später zu, was nun nicht mehr zu leugnen ist: «Uns ist der Fehler in der Abnahme des Beitrags nicht aufgefallen, das ärgert uns sehr und wir bedauern das, denn es entspricht nicht der sonst gebotenen journalistischen Sorgfalt in unsere Berichterstattung. Der Beitrag wurde überarbeitet und die Sendung aktualisiert.» (Tagesschau-Blog, 16.6.22) Ein kleiner Fehler? Bei der Abnahme? Wer wusste denn da nicht, wo Donezk liegt? Wie kann das sein? In der Redaktion von ARD Aktuell gab es Redakteure, die wussten was Sache war. Denn der Live-Blog auf tagesschau.de berichtete am Mittag richtig, die Sendung zur Prime Time hingegen war falsch? Merken die Redakteure nicht, dass sie damit offenkundig machen, wie sehr sie von der Ukraine und ihrer Sichtweise vereinnahmt werden? Wie sehr sie selbst Partei geworden sind?

Kommentatoren kritisieren im Blog die Tagesschau-Redaktion, weitere Folgen hat das nicht. Die monierte Sendung ist im Netz «korrigiert» (dazu gleich), die 4,6 Millionen Zuschauer, davon die überwiegende Mehrheit über 50 Jahren (DWDL, 14.6.22, archiviert), schauen nicht in den Blog. Geschweige denn, dass sie das korrigierte Video anschauen. Nichts ist so alt wie die Nachrichten von gestern. Ja und nein. Natürlich versendet sich vieles. Der Eindruck aber bleibt. Und wird verfestigt. Wieder einmal der böse Russe. Zivilisten werden bombardiert. Gegen den Iwan muss etwas getan werden. Waffen, Waffen, Waffen. Und genau die Forderung nach mehr Waffen von Präsident Selensky wird in der Tagesschau am 13. Juni mit den Bildern aus Donezk eingeleitet. Denn eigentlich waren die Bilder gar nicht die Nachricht, über die wir hier gerade schreiben. Es ging um mehr Waffen. Und es sind genau die Waffen aus dem Westen, die gegen die Ostukrainer eingesetzt worden sind. Von denen, die sie zurück in eine ungeteilte Ukraine holen wollen.

Die notwendige Korrektur der Tagesschau-Redaktion muss in dieses bereits gezeichnete Bild hineinpassen. Sie muss dem Narrativ gehorchen und so muss passend gemacht werden, was nicht zusammenpasst. In der geänderten Fassung heisst es nun: «Zivile Ziele, immer wieder stehen sie unter Beschuss. Dies ist der Markt in der ostukrainischen Stadt Donezk oder das was davon übrig ist.» (Tagesschau, 13.6.22, geändert) Der Text beschreibt das Bild, das zu sehen ist. Richtig. Und die Einordnung? Wer hat da bombardiert? Fehlt. Jetzt passt eigentlich gar nichts mehr. Warum hat die Tagesschau diese Bilder gesendet? Eine nachrichtliche Bedeutung haben sie nicht mehr. Hatten sie wohl noch nie. Wann wer wen bombardiert hat, das wäre eine Nachricht. Dafür ist aber gar nicht der Ort, denn das Thema ist ein anderes. Also braucht es einen schiefen Übergang: «An anderen Orten sind die ukrainischen Streitkräfte zunehmend machtlos gegen die massiven Angriffe der besser ausgerüsteten russischen Armee.» Was ist jetzt mit Donezk? Vergessen, denn der Umschnitt zeigt den ukrainischen Präsidenten bei der Bitte um Hilfe. Um Waffen. Was denn sonst.

Die schiefe Korrektur, die Berichtigung im Blog, all dies geschieht natürlich unter dem Radar. Im Netz. Auf dem Sender läuft derweil das grosse Kino der Staatenlenker. Am Abend des 16. Juni, an dem die ARD den Fehler zugegeben hat, sind Scholz, Macron und Draghi in Kiew. Sie machen die Aufwartung bei Selensky. Die Falschmeldung von vor drei Tagen? Nicht der Rede wert. Zumindest keinen Platz in der Tagesschau um 20 Uhr. Die Forderung der Kritiker der Ständigen Publikumskonferenz verhallt ungehört. Sie hatten in ihrer Programmbeschwerde zur Sendung vom 13. Juni einen geeigneten Sendeplatz gefordert (Publikumskonferenz, 14.6.22). Den Sendeplatz gibt es nicht.

«Inkompetenz oder bewusste Fehlinformation?», fragen die Nachdenkseiten am Tag nach den Fehlinformationen (Nachdenkseiten, 14.6.22). RT weist mit einem ironischen Unterton darauf hin, dass die Tagesschau ausnahmsweise einmal auf das Leid in den selbsternannten Volksrepubliken hingewiesen hat. Und sie weisen darauf hin, was wir gerade eben auch schon geschrieben haben: «Die zehn Sekunden mit den Bildern eines ukrainischen Kriegsverbrechens in Donezk verbunden mit der manipulativen Suggestion der Tagesschau wurden zum «Anwärmen» gebraucht, um die richtige Stimmung für einen weiteren Auftritt des heldenhaften Selensky zu schaffen. Weil entsprechende Aufnahmen aus von Kiew kontrolliertem Gebiet nicht zur Verfügung standen, bediente man sich hemmungslos auf der anderen Seite.» (RT, 14.6.22) Nun müssen wir nicht ständig mit dem Begriff Kriegsverbrechen um uns werfen, klar aber ist: Hier wird manipuliert und PR verbreitet. Diesmal aber war es zu plump. Da musste eben einmal Correctiv einschreiten, Uli Gellermann kann sich mit seiner Tagesschau-Kritik unter der Headline «Macht um Acht» auf Apolut anderen Themen widmen (Übersicht).

Eine ganze Medienrundschau zu 20 Sekunden Tagesschau? Das ist gerechtfertigt. Denn mit diesen 20 Sekunden und der verdeckten wie verschämten Korrektur lässt sich das ganze Elend des aktuellen Nachrichtenjournalismus auf den Punkt bringen. Er ist weder Journalismus noch liefert er Nachrichten. Er ist ein Teil der Propaganda-Maschine. Manchmal bewusst, oft vermutlich unbewusst. Wie diese Maschine funktioniert und vor allem wer dafür verantwortlich ist, das hat Friedrich Küppersbusch in sehenswerten sechs

Minuten aufbereitet, wir haben in unserer Rubrik «Aus anderen Medien» bereits darauf hingewiesen (YouTube, 9.6.22). Sabine Schiffer verweist darauf, dass die Ukraine ganz offen Propaganda (auch im Westen) mit Hilfe von US-Agenturen betreibt. Dem Freitag sagte sie diese Woche:

«Am 14. März hat sich das ukrainische Aussenministerium in das sogenannte FARA-Register eingetragen. FARA steht für Foreign Agents Registration Act. Wenn aus dem Ausland PR eingekauft wird oder in den USA PR betrieben wird, muss ich mich da eintragen. Und das ist jetzt ganz offiziell. Die Mittel, die für entsprechende Kampagnen zur Verfügung stehen, sind beträchtlich. Und die Kampagnen im Ergebnis viel professioneller als die Propaganda der Russen.» (Der Freitag, 12.6.22)

Und so ist es bei weitem nicht vorbei. Der Mainstream zitiert verschiedene Stimmen zu einer vermeintlichen strategischen Niederlage der Russen (Berliner Zeitung, 17.6.22), zur schwierigen Position der Ukrainer (n-tv, 14.6.22) oder zum zwangsläufigen Sieg der Russen (Focus, 16.6.22). Alles scheint offen. Nur nicht der Weg zu Verhandlungen, obwohl selbst Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg einen Verhandlungsfrieden erwartet – in welcher Form auch immer (Telepolis, 14.6.22). Und wir stehen am Rand und sehen weiter fassungslos zu, wie gebombt, wie der Krieg zum Frieden umgedeutet und wie gelogen wird. Und machen darauf in der Medienrundschau aufmerksam. Viel mehr können wir derzeit nicht tun. Das aber führen wir fort. Bleiben Sie uns gewogen, schauen Sie wieder rein, bilden Sie sich ihre eigene Meinung und schreiben Sie uns, wenn Sie möchten an redaktion@hintergrund.de

Quelle: <https://www.hintergrund.de/medien/ein-fehler-und-seine-korrektur/>



Ein Artikel von Moritz Müller; 17. Juni 2022 um 16:33

Heute, kurz vor Ablauf der Entscheidungsfrist, hat Innenministerin Priti Patel im Namen der britischen Regierung die Auslieferung von Julian Assange an die USA genehmigt. Er soll dort nach dem aus dem Ersten Weltkrieg stammenden Spionagegesetz angeklagt werden. Er könnte zu insgesamt absurden und mehr als lebenslangen 175 Jahren Haft verurteilt werden. Wikileaks tweetete eine kämpferische Botschaft, in der angekündigt wird, in Berufung zu gehen, wofür Assange zwei Wochen Zeit hat. Ob die Punkte im Einspruch am Londoner High Court erneut verhandelt werden können, entscheidet dann ein einzelner Richter. Wann diese Entscheidung fällt, ist einmal mehr unklar, während der Untersuchungshäftling Assange seit über drei Jahren in Belmarsh, dem «englischen Guantánamo», eingesperrt bleibt. Ein kurzer Abriss von Moritz Müller.

Innenministerin Patels Entscheidung kam nicht überraschend und der Zeitpunkt auch nicht. Es ist nun 4 Wochen her, dass das Westminster Magistrates Court sie mit der Unterzeichnung des Auslieferungsbescheids beauftragt hatte, und wie so oft in diesem Fall liess man Assange und seine Familie so lange wie möglich schmoren. Diese systematische Zermürbung ist es, die der damalige UN-Sonderbeauftragte Nils Melzer als Folter beschrieben hatte.

Trotzdem ist Patels Entscheidung ein Präzedenzfall, denn eigentlich schliesst das Auslieferungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich Auslieferungen in politischen Fällen explizit aus. Leider hat es dieser Passus nicht ins britische Auslieferungsgesetz von 2004 geschafft. Eine Tatsache, für die ich noch keine stichhaltige Erklärung gefunden habe.

Obwohl es die US-Ankläger nicht offiziell sagen, scheint mir ein Fall, bei dem es darum geht, dass der Angeklagte grosse Mengen von Dokumenten veröffentlicht hat, welche auf Kriegsverbrechen der USA und ihrer Verbündeten hindeuten und in denen Fälle von Korruption und indirekter Einflussnahme beschrieben werden, schon eher politisch gelagert. Wahrscheinlich auch deswegen wurde den 17 Anklagepunkten nach dem Spionagegesetz auch noch einer wegen Computereinbruchs (Hacking) hinzugefügt.

In den letzten Wochen und Tagen mehrten sich die Stimmen, die einerseits die Briten aufforderten, das Auslieferungsersuchen abzulehnen, und andererseits die USA aufforderten, die Anklage fallenzulassen. Dazu auch dieser Artikel vom September 2021.

Die Augen richteten sich auch auf die neue australische Labour-Regierung, die unter Anthony Albanese die absolute Mehrheit im australischen Parlament hat. Albanese hatte sich als Oppositionspolitiker mehrmals mit Assanges Vater John Shipton getroffen. Als er nach seiner Amtseinführung gefragt wurde, ob er sich nun weiterhin für die Freilassung des australischen Staatsbürgers Assange einsetze, antwortete er vieldeutig: «Meine Position ist, dass nicht alle Aussenpolitik am besten mit einem Megafon betrieben wird.»

Dies erinnert ein bisschen an die Grünen Habeck und Baerbock, die sich noch im Bundestagswahlkampf für Assanges Freilassung aussprachen, aber nun, als sich in der Regierung Übende, auffallend still gegenüber den Verbündeten in den USA und dem Vereinigten Königreich verhalten. Anstatt die Freilassung einer Person, die Kriegsverbrechen aufgedeckt hat, zu fordern, ruft man lieber nach mehr Panzern für ein aktives Kriegsgebiet, die dort weitere Menschen töten werden.

Im Fall von Albanese und auch bei den anderen beiden kann man natürlich nicht mit letzter Gewissheit sagen, dass nicht Geheimdiplomatie betrieben wurde und diese fruchtlos blieb. Eigentlich wäre es, wenn das nicht funktioniert, aber angezeigt, seiner/ihrer vormals geäusserten humanitären Einstellung treu zu bleiben und auch öffentlich Stellung zu beziehen. Vielleicht würde das die Karriere oder mehr kosten.

Die Linken-Abgeordnete Sevim Dagdelen bezieht Stellung und auf ihrer Initiative beruht auch eine Veranstaltung der Zeitung junge Welt am nächsten Dienstag, 21. Juni, in Berlin. Julian Assanges Vater und Bruder werden dort anwesend sein und können sicher mehr über die Hintergründe, und wie es im Fall weitergeht, sagen. Dazu auch diese Analyse auf Consortium News.

Dass dieser Fall noch von keinem britischen Richter einkassiert wurde, ist nach rechtlichen Massstäben erstaunlich, wenn man die folgenden Dinge sieht.

Assanges Anwältin Jennifer Robinson hat sich vor ein paar Tagen aussergerichtlich mit der britischen Regierung geeinigt, die zugegeben hatte, Robinson im Fall Assange ausspioniert zu haben. (Die genauen Details unterliegen der Geheimhaltung und wurden auch Frau Robinson nicht genannt.)

Assange wurde in der ecuadorianischen Botschaft systematisch überwacht, wovon auch die vertraulichen Gespräche mit seinen Anwälten nicht ausgenommen waren.

Der ehemalige US-Aussenminister Mike Pompeo wurde von einem spanischen Gericht vorgeladen, um über angebliche Pläne zur Ermordung von Assange durch die CIA auszusagen.

Rechtsexperten warnen, dass die Schiedssprüche im Fall Assange auch aus obigen Gründen null und nichtig sein könnten. Natürlich sind nicht alle diese Dinge bewiesen, aber wenn man Wahrscheinlichkeiten gegeneinander abwägt und sieht, dass Assange von 11½ Jahren Freiheitsentzug hochgradig angeschlagen ist und wie die USA mit Gefangenen umgehen (Guantánamo, CIA-Flüge), dann sollte eine Auslieferung in die USA unmöglich sein.

Es sieht so aus, als ginge die Odyssee Assanges durch den Dschungel des Auslieferungsverfahrens noch durch weitere Instanzen.

Es muss weiter öffentlicher Druck aufgebaut werden, damit die Verantwortlichen erkennen, dass sich ein Grossteil der Bevölkerung nicht täuschen lässt und dass uns Presse- und Meinungsfreiheit und Freiheit an sich nicht egal sind. Hier findet man Ähnlichgesinnte.

Pressefreiheit

Julian Assange und Unterstützer hoffen auf Australien

Von DOMINIK WETZEL | Veröffentlicht vor 4 Tagen in: Medien

Es geht um die Zukunft von Julian Assange. Um sein Leben. Die britische Innenministerin hat am 17.6. entschieden, dass der WikiLeaks-Gründer in die USA ausgeliefert werden darf. Seine Unterstützer hoffen auf die neue australische Regierung. Denn es bleibt die Möglichkeit des Widerspruchs.

Update Freitag, 17.6.22: Grossbritanniens Innenministerin hat die Auslieferung an die USA bestätigt. Allerdings hat Assange 14 Tage Zeit, um die Entscheidung anzufechten. Dann kann das Verfahren noch Jahre dauern, erklärt unser Autor am Ende unseres folgenden Artikels vom vergangenen Mittwoch, den wir ansonsten nicht weiter aktualisiert haben.



*Demonstration für die Freilassung von Julian Assange vor dem Belmarsh Gefängnis im Januar 2022
Foto: Alisdare Hickson, Lizenz: CC by sa,*

Es wird ernst. Oder besser: Noch ernster. Denn bis Sonntag (19. Juni), genau zehn Jahre nach dem Ende seiner Freiheit, ist die Entscheidung der britischen Innenministerin Priti Patel fällig. Sie entscheidet, ob WikiLeaks-Gründer Julian Assange an die USA ausgeliefert wird. Dabei gibt es aktuell einen neuen Hoffnungsschimmer. Denn in Assanges Heimat Australien ist ein neuer Premierminister gewählt worden. Einer, der Assange wohlgesonnener scheint als sein Vorgänger.

Denn mit der Wahl im Mai ist die Regierung der «liberalen Konservativen» vorerst Geschichte. Neuer Premierminister ist Anthony Albanese von der sozialdemokratischen Labor Party. Er hat im Mai seinen Vorgänger Scott Morrison, der für die liberal-nationale Koalition angetreten war, mit absoluter Mehrheit in die Opposition befördert.¹ Die Erwartungen an die neue Regierung sind hoch: Labor ist angetreten, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, Umwelt und Klima zu schützen, sowie für bessere Gesundheitsversorgung und Schulen zu kämpfen.² Nach drei Jahren Flut- und Hitzekatastrophen auf dem pazifischen Kontinent war der Klimawandel auch hier Schlüsselthema der Wahlen. Ex-Premier Morrison ist während der historischen Brände von 2019 nach Hawaii in den Urlaub gereist.³ Obwohl die Medien von FoxNews-Medienmogul Rupert Murdoch,⁴ der in Australien immerhin über 60% der täglich gelesenen Zeitungen besitzt,⁵ nach Kräften Stimmung gegen die Labor-Partei machten,⁶ haben ihm die Wähler eine klare Absage erteilt. Nun kann Labour allein regieren.

Aber auch im Fall Assange sind die Hoffnungen in der Bevölkerung hoch, dass sich die australische Regierung nun für ihren in London gefangenen Landsmann einsetzt. Die vorherige Regierung hatte immer wieder klargestellt, Assange werde «keine Sonderbehandlung» bekommen. Man vertraue auf das britische Rechtssystem.⁷

Während die frühere Labor-Ministerpräsidentin Julia Gillard WikiLeaks zu ihrer Zeit noch als «illegal» bezeichnete,⁸ sagte Albanese vor seiner Amtseinführung, «genug ist genug». Auch die neue Aussenministerin Penny Wong versprach im Mai, die US-Regierung dazu bewegen zu wollen, die Sache zu beenden.⁹ Der Labor-Abgeordnete Julian Hill sprach sogar von einer «politischen Hexenjagd» gegen den WikiLeaks-Gründer und über die «Heuchelei» der Biden-Regierung hinsichtlich der Pressefreiheit.¹⁰ Premierminister Albanese traf sich wiederholt mit Assanges Vater John Shipton zum Essen, der zuversichtlich sagte, die Wahl der neuen Regierung sei «eine grossartige Chance».¹¹

Gefangener im rechtsfreien Raum

Seit Julian Assange vor einem Jahrzehnt vor der schwedischen Justiz in die ecuadorianische Botschaft in London geflohen ist, hat sich die Schlinge um ihn zusehends enger gezogen.

Im Dezember 2015 hatte die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierung (WGAD) erklärt, dass bereits das Festsetzen in der Botschaft eine willkürliche Freiheitsberaubung darstellt.¹² Vor Ort wurde Assange bespitzelt und die vertraulichen Gespräche mit seiner Anwältin abgehört.¹³

Im September 2021 wurde schliesslich publik, dass die CIA an einem Plan gearbeitet hatte, Assange aus der Botschaft in London zu entführen oder zu töten, dabei diskutierte der US-Geheimdienst auch eine mögliche Schiesserei in den Strassen der Hauptstadt.¹⁴

Nach fast sieben Jahren in der Botschaft befindet sich Assange nun im vierten Jahr seiner Haft im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Dort hat er bereits einen Schlaganfall erlitten, ist selbstmordgefährdet und zeigt Spuren psychischer Folter, wie der UN-Folterbeauftragte Nils Melzer berichtete.¹⁵ Vor anderthalb Jahren, im Januar 2021 war das Auslieferungsgesuch der USA abgewiesen worden, da das Gericht die Selbstmordgefahr des Angeklagten im US-Gefängnis für zu hoch einstufte.¹⁶ Eine Gruppe von fast 120 Ärzten aus

18 Staaten schrieb schon im Frühjahr 2020 in einem offenen Brief an die britische Regierung in der medizinischen Fachzeitschrift «The Lancet», «sollte Assange im britischen Gefängnis sterben, [...] wird er effektiv zu Tode gefoltert worden sein».¹⁷

Diese Woche nun forderten 300 Ärzte aus 35 Ländern die britische Innenministerin Priti Patel auf, Assanges «Hinrichtung in Zeitlupe» zu beenden.¹⁸ Doch die Ärzte sind nicht die einzigen, die ihm den Rücken stärken. Auch mehr als 180 Juristen aus aller Welt haben in einem offenen Brief der britischen Regierung ein Rechtsgutachten ausgestellt und sie beschuldigt, «nationales und internationales Recht» zu brechen, indem sie dem Angeklagten keinen fairen Prozess ermöglichen. Sie fordern, dass Assange unverzüglich freigelassen wird. Bislang ohne Erfolg.¹⁹

All diese auch von der UN bestätigten Punkte konnten die australische Regierung bislang nicht dazu bewegen, sich für ihren Staatsbürger einzusetzen.²⁰ Das könnte sich jetzt ändern.

Australien – Grossbritannien – USA

Assange ist australischer Staatsbürger und Gefangener im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London. Von dort soll er an die USA ausgeliefert werden. Im Zentrum der Beziehungen der drei Staaten steht das neu gegründete Militärbündnis AUKUS. Im September 2021 haben sich Australien, UK und die USA dazu verpflichtet, ihre militärische Zusammenarbeit im Indo-Pazifik zu vertiefen.²¹ Australien, das den beiden Staaten in beiden Weltkriegen und in Vietnam zur Seite stand, ist auch in geheimdienstlicher Hinsicht kaum noch von den beiden zu trennen. Kanada, Australien, Neuseeland, USA und das Vereinigte Königreich teilen ihre Geheimdienstinformationen im Rahmen der sogenannten Five Eyes.

Assange und WikiLeaks haben die Verbrechen dieser militärischen und geheimdienstlichen Kooperation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und deren Taten im Irak, in Afghanistan und andernorts veröffentlicht. WikiLeaks hat Belege für Kriegsverbrechen, Putsche, Folter, Korruption, Überwachung und Umweltzerstörung aufgedeckt, die sonst den meisten Menschen verborgen geblieben wären. Besucht man die Website von WikiLeaks wird deutlich, dass Assange vor allem das «grobe Fehlverhalten» von Agenten innerhalb der Geheimdienste aufgedeckt hat, wie Kellie Tranter gegenüber Hintergrund erklärt.²²

Sie ist Anwältin und Menschenrechtsaktivistin in Australien und dort eine der wichtigsten Unterstützerinnen von Assange. Zudem tritt sie für die WikiLeaks Kleinpartei an. Auf Hintergrund-Anfrage sagt sie, dass sie Assanges Rolle innerhalb der staatlichen Allianzen für überbewertet halte, denn «seine Verfolgung ist in erster Linie auf die Rachsucht der USA zurückzuführen».

Premierminister Albanese hat sich Ende Mai bereits mit US-Präsident Biden im Rahmen des Quadrilateralen Sicherheitsdialogs zwischen Indien, USA, Japan und Australien getroffen²³ und auch im Gespräch mit Grossbritanniens Premier Boris Johnson betont, dass er sich dem AUKUS-Bündnis verpflichtet fühlt. Assange war offiziell kein Thema.²⁴ Als Albanese von Journalisten nach ihm gefragt wurde, hiess es: «Meine Position ist, dass nicht jede Aussenpolitik am besten mit dem Lautsprecher gemacht wird.»²⁵

Anwältin Tranter ist jedoch zuversichtlich, dass hinter den Kulisse daran gearbeitet werde, eine gemeinsame Basis zu finden, um Assanges Freilassung zu ermöglichen. Sie glaubt nicht, «dass die australische Öffentlichkeit mehr Untätigkeit und Schweigen von ihrer Regierung tolerieren wird».

Sie sagt, dass Assange und sein Vater dankbar seien für die Unterstützung, die sie aus ganz Europa einschliesslich Deutschland erhalten. Während sich allerdings auch Deutschlands Vizekanzler Robert Habeck im Wahlkampf noch undeutlich für Assange aussprach,²⁶ hat die deutsche Regierung seit der Wahl kein Wort mehr über den politischen Gefangenen von London verloren. Immerhin unterstützen einige Bundestagsabgeordnete die Kampagne zur Freilassung von Assange.²⁷

Ein ernstzunehmender Einsatz für die Rechte von Assange geht auch von den Belmarsh-Tribunalen in London und New York aus.²⁸ Die dort beteiligten Journalisten, Aktivisten, Whistleblower und Politiker klagen die Verbrechen im Krieg gegen den Terror an und setzen sich für Assanges Freilassung ein. Dort kommen neben seiner Frau Stella, Edward Snowden und Daniel Ellsberg auch Intellektuelle und Politiker wie Noam Chomsky, der ehemalige britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn, die deutsche Linkspartei-Abgeordnete Sevim Dagdelen, der frühere griechische Minister Yanis Varoufakis sowie der Ex-Präsident von Ecuador, Rafael Correa, zu Wort. Correa war es, der Assange Zuflucht gewährte, bis sein Nachfolger Lenin Moreno ihn mutmasslich für einen Kredit des Internationalen Währungsfonds in Höhe von \$ 4,2 Milliarden aus der Botschaft holen lies, wie der ehemalige Aussenminister Patiño sagte.²⁹ Auch Correa wird in der Heimat politisch verfolgt und lebt mittlerweile im belgischen Exil.

Angriff auf die Pressefreiheit

Assange ist Journalist. WikiLeaks hat Geheimdokumente, die Whistleblower lieferten, veröffentlicht. Das ist gängige journalistische Praxis. Die Plattform unterscheidet sich lediglich durch die Masse der veröffentlichten Geheimdokumente und in der Präsentation der rohen, ungeschwärzten Daten von Medien wie dem Spiegel, der New York Times und anderen, mit denen zusammen WikiLeaks die meisten Enthüllungen publiziert hat.

Die USA betreiben die Auslieferung von Assange, um ihm wegen Geheimnisverrats den Prozess zu machen. Wenn es für die das Land möglich ist, einen unbequemen australischen Journalisten in einem verbündeten Land festzunehmen und ausliefern zu lassen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis andere Journalisten Ähnliches erleben. Doch der lange Arm der USA sind nur ein Teil des Skandals.

Die Vereinigten Staaten werfen Assange Spionage nach dem Espionage Act vor. Das bedeutet, dass sie das Verbreiten von internen Dokumenten an die Öffentlichkeit und damit den Investigativjournalismus als Spionage umdeuten. Die britische Rechtsprechung passt sich dem an. Denn die Tat, für die ein Beschuldigter ausgeliefert wird, muss auch nach dem Recht des Vereinigten Königreichs eine Straftat darstellen.³⁰ Assanges RichterIn nahm die US-amerikanischen Anschuldigungen an und übertrug sie auf britisches Recht. Sie bestätigte damit, dass die journalistische Arbeit ihrer Auffassung nach Assanges Spionage nach dem britischen Official Secrets Act darstellt. Damit hat sie einen Präzedenzfall geschaffen, andere Journalisten für das Veröffentlichen von geheimen Informationen auszuliefern oder zu inhaftieren.³¹

Als Boris Johnson vergangene Woche wegen seiner Corona-Partys ein Misstrauensvotum durchzustehen hatte,³² ging zeitgleich im britischen Parlament der Entwurf der National Security Bill in die zweite Lesung.³³ Der Gesetzesentwurf soll eine Reihe Einschränkungen von Versammlungs- und Pressefreiheit in geltendes Recht gießen. Neben einer Verschärfung der polizeilichen Befugnisse soll der Official Secrets Act angepasst werden.³⁴ Hiernach soll das Veröffentlichen von Staats- und Handelsgeheimnissen als Spionage gewertet und mit bis zu lebenslänglicher Haft bestraft werden können.³⁵ Dadurch besteht eine reale Gefahr für den Investigativjournalismus.³⁶

Im Gesetzestext steht, dass der Spionage bezichtigt werden kann, wer einer ausländischen Macht oder einem ausländischen Geheimdienst zuarbeitet.³⁷ Dies wird auch Assange vorgeworfen, der angeblich mit seinen Enthüllungen den Taliban geholfen haben soll, Spione zu finden.³⁸

Sollte Priti Patel die Auslieferung an die USA genehmigen, könnten Assanges Anwälte noch einmal den Rechtsweg bis zum British High Court durchlaufen. Das kann Jahre dauern. In der Zwischenzeit könnte der Investigativjournalismus kriminalisiert werden, um «Taten» wie die von Assange wegen Spionage künftig rechtmässig verurteilen zu können.

Endnoten

1 The Guardian; „Australia election2022 live results“; 10.06.22;

<https://web.archive.org/web/20220615083408/https://www.theguardian.com/australia-news/ng-interactive/2022/may/24/australia-election-results-2022-live-tracker-australian-federal-poll-who-won-is-winning-senate-elections-map-track-the-votes-seat-counts-electoral-commission-aec-latest-seats-count-result-winner>

2 Labor; „Our plan for a better future for all Australians“; <https://www.alp.org.au/policies>

3 DeutscheWelle; „Australia: Scott Morrison apologizes for vacation at crisis time“; 20.12.2019; <https://www.dw.com/en/australia-scott-morrison-apologizes-for-vacation-at-crisis-time/a-51745983>

4 <https://theintercept.com/2022/05/30/rupert-murdoch-australia-election-anthony-albanese/>

5 ABC News; „Fact Check: How large is Rupert Murdoch's reach through News Corp in Australian media, old and new?“; 14.04.2021; <https://www.abc.net.au/news/2021-04-14/fact-file-rupert-murdoch-media-reach-in-australia/100056660>

6 Loewenstein, Antony; „In Australia's Election, Rupert Murdoch Was a Surprise Loser“; TheIntercept; 30.05.22; <https://theintercept.com/2022/05/30/rupert-murdoch-australia-election-anthony-albanese/>

7 Yahoo!News/AFP; „'No special treatment' for Assange, says Australia PM“; 12.04.2019; https://news.yahoo.com/no-special-treatment-assange-says-australia-pm-022845299.html?guccounter=1&guce_referrer=aHR0cHM6Ly9kdWNrZHVja2dvLmNvbS8&guce_referrer_sig=AQAAAAk3YXXNI-Hfm4md6shrwEYsLmZQaU3vZh-GfK_e-QjPu9Eg1nleM85_wuWHG3CUx9b-ltrBwlkSecxtlFlr9LkIEUXJZAbh8sJllp-9LIOCKV0W-sHeyUSSNhgktDFWgvtuU7dVzIKyfn9zVhPuUjmvXSpL1hOwBq4EqpZfz7A08

SBSNews; „Gillard red-faced after calling WikiLeaks 'illegal'“; 7.12.2010; <https://www.sbs.com.au/news/article/gillard-red-faced-after-calling-wikileaks-illegal/xrjmcdk1s>

9 Hurst, Daniel; „Labor backbenchers urge Albanese to 'stay true to his values' on Julian Assange trial“; TheGuardian; 02.06.22; <https://amp.theguardian.com/australia-news/2022/jun/02/labor-backbenchers-urge-albanese-to-stay-true-to-his-values-on-julian-assange-trial>

10 Massola, James; Bourke, Latika; „Labor MP attacks 'hypocritical' Biden administration over Assange extradition“; The SydneyMorningHerald; 11.12.21; <https://www.smh.com.au/politics/federal/labor-mp-attacks-hypocritical-biden-administration-over-assange-extradition-20211211-p59gr9.html>

11 Cassidy, Caitlin; „Change of government would present 'great opportunity' in fight to free Julian Assange, his father says“; theGuardian; 20.04.22; <https://www.theguardian.com/australia-news/2022/apr/20/change-of-government-would-present-great-opportunity-in-fight-to-free-julian-assange-his-father-says>

12 UN Human Rights Council; „Opinion No. 54/2015 concerning Julian Assange“; A/HRC/WGAD/2015/54; <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G16/070/51/PDF/G1607051.pdf?OpenElement>

13 Welch, Dylan; Dredge, Suzanne; Blumer, Clare; „Julian Assange and his Australian lawyers were secretly recorded in Ecuador's London embassy“; ABC News; 22.02.2020; <https://www.abc.net.au/news/2020-02-23/surveillance-of-julian-assange-captured-lawyers-conversations/11985872>

14 Dorfman, Zach; Naylor, San; Isikoff, Michael; „Kidnapping, assassination and a London shoot-out: Inside the CIA's secret war plans against WikiLeaks“; Yahoo!News; 26.09.21; <https://news.yahoo.com/kidnapping-assassination-and-a-london-shoot-out-inside-the-ci-as-secret-war-plans-against-wiki-leaks-090057786.html>

- 15 United Nations Media Center; „UN expert on torture sounds alarm again that Julian Assange's lifemay be at risk“; 01.11.2019; <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2019/11/un-expert-torture-sounds-alarm-again-julian-assanges-lifemay-be-risk>
- 16 Shead, Sam; „U.S. wins appeal to extradite Wikileaks founder Julian Assange from the UK“; CNBC; 10.12.2021; <https://www.cnn.com/2021/12/10/us-wins-appeal-over-extradition-of-wikileaks-founder-assange.html>
- 17 Frost, Stephen; Johnson, Lissa; Stein, Jill; Frost, William; „End torture and medical neglect of Julian Assange“; 07.03.2020; [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(20\)30383-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(20)30383-4/fulltext)
- 18 Consortium News; „Doctors' Orders: 'Do Not Extradite Assange'“; 12.06.22; <https://consortiumnews.com/2022/06/12/doctors-to-uk-assange-extradition-medically-ethically-wrong/>
- 19 Lawyers for Assange; „Open Letter to the UK Prime Minister, Mr Boris Johnson, the Lord Chancellor and Secretary of State for Justice, Robert Buckland QC, the Secretary of State for Foreign Affairs, Dominic Raab and UK Home Secretary Priti Patel“; <https://www.lawyersforassange.org/en/open-letter.html>
- 20 Klarenberg, Kit; „New files expose Australian govt's betrayal of Julian Assange and detail his prison torment“; TheGrayzone, 17.11.2021; <https://thegrayzone.com/2021/11/17/files-australian-julian-assange-prison/>
- 21 TheWhiteHouse; „Joint Leaders Statement on AUKUS“; 15.09.2021; <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/09/15/joint-leaders-statement-on-aukus/>
- 22 WikiLeaks; „Leaks“; <https://wikileaks.org/-Leaks-.html>
- 23 Crowe, David; Galloway, Anthony; „Albanese wants climate consensus with Biden in first overseas meeting“; The SydneyMorningHerald; 23.05.22; <https://www.smh.com.au/politics/federal/albanese-wants-climate-consensus-with-biden-in-first-overseas-meeting-20220523-p5anv5.html>
- 24 Lauria, Joe; „New Australian PM Squandering Leverage on Assange“; Consortium News; 23.05.2022; <https://consortiumnews.com/2022/05/23/albanese-squandering-leverage-on-assange/>
- 25 Kampmark, Binoy; „Enough is enough: PM Albanese must now intervene for Assange“; Independent Australia; 07.06.2022; <https://independentaustalia.net/politics/politics-display/enough-is-enough-pm-albanese-must-now-intervene-for-assange,16439>
- 26 Jung & Naiv; „Robert Habeck, Parteivorsitzender der Grünen: Folge 496“; <https://www.youtube.com/watch?v=2XI35NcKMHA&t=6437s>
- 27 Spiegel; Bundestagsabgeordnete fordern fraktionsübergreifend Assanges Freilassung; <https://www.spiegel.de/politik/julian-assange-bundestagsabgeordnete-fordern-fraktionsuebergreifend-freilassung-a-7cb03917-c3f4-41b7-85c7-f8f784ccfd8f>
- 28 Consortium News; „WATCH: The Belmarsh Tribunal — The War on Terror on Trial“; 22.10.2021; <https://consortiumnews.com/2021/10/22/Tribunal-watch-the-belmarsh-tribunal-putting-the-war-on-terror-on-trial/>; Consortium News; „WATCH: Belmarsh NYC LIVE“; 25.02.2022; <https://consortiumnews.com/2022/02/25/watch-belmarsh-tribunal-nyc-live/>
- 29 Telesur English; „Julian Assange Arrest Part of Lenin Moreno's Deal with IMF: Ex-Foreign Minister Patiño“; 14.04.2019; <https://www.telesurenglish.net/news/Julian-Assange-Arrest-Part-of-Lenin-Morenos-Deal-with-IMF-Ex-Foreign-Minister-Patino-20190414-0016.html>
- 30 UK Government; „Extradition treaty between the UK and the USA with exchange of notes“; 19.06.2007; Art. 2 (1); <https://www.gov.uk/government/publications/extradition-treaty-between-the-uk-and-the-usa-with-exchange-of-notes>
- 31 Judiciary of England and Wales; „The Government of the USA v. Julian Assange“; 04.01.2021; Nr.106; <https://www.judiciary.uk/wp-content/uploads/2021/01/USA-v-Assange-judgment-040121.pdf>
- 32 Sparrow, Andrew; Slawson, Nicola; „Boris Johnson no-confidence vote: prime minister wins by 211 to 148 but 40% Of Try MPs fail to back him— as it happened“; TheGuardian; 06.06.2022; <https://www.theguardian.com/politics/live/2022/jun/06/boris-johnson-confidence-vote-graham-brady-tory-mps-live#top-of-blog>
- 33 UK Parliament; „National Security Bill: Volume 715: debated on Monday 6 June 2022“; 06.06.2022 <https://hansard.parliament.uk/commons/2022-06-06/debates/12D4FE61-34CE-4483-BB06-591D9C14C14A/NationalSecurityBill>
- 34 Seddon, Paul; „Official Secrets Act: Do government plans threaten investigative journalism?“; BBC; 29.07.2021; <https://www.bbc.com/news/uk-politics-57998950>
- 35 UK Parliament; National Security Bill, S. 143; Official Secrets Act 1989 (c. 6); 09.06.2022; <https://bills.parliament.uk/bills/3154>
- 36 Bright, Martin; „Secret agenda“; Index on Censorship; 08.09.2021; <https://www.indexoncensorship.org/2021/09/secret-agenda/>
- 37 UK Parliament; National Security Bill; 09.06.2022; <https://bills.parliament.uk/bills/3154>
- 38 Judiciary of England and Wales; „The Government of the USA v. Julian Assange“; RNr. 401; 04.01.2021; <https://www.judiciary.uk/wp-content/uploads/2021/01/USA-v-Assange-judgment-040121.pdf>; Nr. 401
- Der Autor
Dominik Wetzel, Jahrgang 1994, studierte Politikwissenschaft und öffentliches Recht und arbeitet als Journalist. Ihn beschäftigen unter anderem die Themen Krieg und Frieden, internationale Beziehungen und Klimakrise.
Quelle: <https://www.hintergrund.de/medien/julian-assange-und-unterstuetzer-hoffen-auf-australien/>

Von Flüchtlingsbelastung und doppelten Standards

15. Juni 2022 Peter A. Weber Krieg, Meinung, Recht 26



Von Flüchtlingsbelastung und doppelten Standards. Mein Kommentar erfuhr seine Anregung durch den Beitrag «Die EU behauptet, für alle Flüchtlinge offen zu sein – für jene aus der Ukraine ist sie noch offener» von Julia Bokowa auf RT (Link am Ende des Beitrags). Dieser beginnt mit den folgenden Worten:

Die selektive Behandlung von Flüchtlingen durch den und im Westen zeigt sich in der offiziell allzu herzlichen Aufnahme von Ukrainern – im Vergleich zu den Geflohenen aus vielen anderen Ländern. Aber welche Art von Hilfe genau bieten diese Länder des Westens den ukrainischen Flüchtlingen an?

Auf diese Ungerechtigkeit komme ich im Verlaufe meines Kommentars noch zu sprechen. Um die Problematik in Gänze zu erfassen, starte ich mit den amtlichen Flüchtlingszahlen bzw. Schätzungen von Statista:

Flüchtlingszahlen der Ukraine lt. Statista

«Bis Anfang Juni 2022 waren laut Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) rund 6,9 Millionen Menschen aus der Ukraine in Folge des Krieges und aufgrund der Angriffe des russischen Militärs (Anm. d. K.: und aufgrund der Angriffe des ukrainischen Militärs und seiner Söldner) im Lande geflohen.

Die Zahl der Kriegsflüchtlinge pro Tag war zeitweise sechsstellig und war Anfang März mit bis zu 200'000 Menschen am Tag am höchsten.

Von allen Aufnahmeländern hat Polen mehr als die Hälfte der Flüchtlinge aufgenommen, andere Aufnahmeländer der ukrainischen Kriegsflüchtlinge sind Ungarn, Moldawien, Slowakei und Rumänien. Zusätzlich zu Flüchtlingen, die die Grenzen zu einem Nachbarland überschritten haben wurde die Anzahl der Binnenflüchtlinge in der Ukraine Mitte April auf rund 7,2 Millionen Menschen geschätzt.»

«Die Schätzungen zur möglichen Anzahl der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gehen weit auseinander. Laut einer Schätzung von Aussenministerin Baerbock vom 21. März 2022 könnten bis zu acht Millionen Menschen aus der Ukraine in Folge des Kriegs fliehen. Von den an die Ukraine grenzenden Aufnahmeländern haben sich einige Kriegsflüchtlinge auf andere europäische und internationale Länder verteilt. In Deutschland wurden bis Anfang Mai etwa 610'000 Ukrainer:innen aufgenommen.»

Perspektiven mit der Ukraine

Habt ihr in diesem Zusammenhang schon mal daran gedacht, was uns das Aufpäppeln der DDR gekostet hat? Billionen Euro! Nur sind wir der Ukraine im Gegensatz zu der DDR nichts schuldig! Ähnliches könnte uns drohen, wenn ein EU-Beitritt der Ukraine realisiert wird. Mal ein guter Rat: Je grösser der Anteil der Ukraine von den Russen übernommen wird, die dann dort für den Wiederaufbau zuständig sind, um so geringer fallen die Investitionen der EU aus!

Die Wahrheit über die Ukraine-Flüchtlinge

Die inneren Zustände in der Ukraine rechtfertigen in keiner Weise einen EU-Beitritt, was folgende Einschätzungen beweisen:

Die Ukraine ist keine Demokratie sondern eine autoritäre Oligarchie.

In der Ukraine wurde sozusagen die Korruption erfunden.

Die politische Opposition in der Ukraine ist ausgeschaltet.

Es herrscht keine Meinungsfreiheit – Zensur ist gang und gäbe.

Desinformationen und Fakes sind gezielt eingesetzte Propagandamittel (siehe die Märchen von den angeblich von Russen verübten Massakern oder die aufgeflogenen gemeinen Lügen von Massenvergewaltigungen durch die russische Armee).

In der Ukraine werden Minderheiten diskriminiert und verfolgt. Selbst Russen und russischstämmige Menschen, die einen erheblichen Anteil der Bevölkerung bilden, sehen sich systematisch ausgegrenzt.

Die Ukraine ist ein Fass ohne Boden. Sie ist pleite, die Infrastruktur teilweise zerstört und sie hängt auf Gedeih und Verderb am Tropf der USA und der EU. Das Regime in Kiew ist dreist, fordernd und unersättlich.

Wenn man ihnen den kleinen Finger reicht, dann fordern sie umgehend die ganze Hand. Dankbarkeit ist ihnen ein Fremdwort.

Belastungen aufgrund der Ukraine-Flüchtlinge

Wenn man die Gesamtkosten zusammenrechnet, die durch diese Flüchtlings-Invasion entstehen, kommt man auf astronomische Summen. Im Vergleich zu dem Flüchtlingstrom von 2014/2015 haben wir es mit ganz anderen Relationen zu tun. Während die USA als Hauptprofiteur des Ukraine-Krieges mit Flüchtlingsaufnahmen aus dem Schneider ist, muss die EU als Haupt-Geschädigter auch noch die horrenden Kosten für Flüchtlinge und die innergesellschaftlichen Probleme damit übernehmen. Man sollte nicht vergessen, dass Deutschland nicht nur für die Flüchtlinge zur Kasse gebeten wird, die direkt bei uns landen. Da Deutschland der grösste Nettozahler der EU ist, müssen wir auch noch für einen Grossteil der entsprechenden Kosten in anderen Ländern wie Polen aufkommen.

Blaue-gelbe Besoffenheit

Zur Zeit herrscht noch eine gelb-blaue Euphorie vor. Die ukrainischen Fähnchen werden von naiven Gemütern fleissig geschwenkt. Die Klingelbeutel gehen um und erheischen mildtätige Spenden für die armen Flüchtlinge. Dabei werden sie besser versorgt und mit Wohnungen gesegnet als bedürftige Deutsche. Es ist bereits zu beobachten, dass die Schwemme der Ukra-Flüchtlinge nicht überall auf offene Türen trifft. Ein Meinungsumschwung ist zu erwarten!

Doppelstandards bei der Behandlung von Flüchtlingen aus dem Süden im Vergleich zu denen aus der Ukraine.

Es kann nicht angehen, dass man den Ukrainern ohne Vorleistungen Hartz IV und Kindergeld hinterherwirft, wofür Deutsche lange arbeiten mussten. Wenn man den Ukrainern schon diese Vergünstigungen gewährt, dann sind sie im Gegenzug allen anderen Flüchtlingen ebenso zuzugestehen. Und im Vergleich dazu wäre es angebracht, dass bei deutschen Arbeitslosen der Hartz IV-Satz wesentlich erhöht würde. Geld ist ja wohl genügend vorhanden, wenn man die immensen Summen berücksichtigt, die in Aufrüstung und militärische Unterstützung der Ukraine fliessen.

Die derzeitige AfD-Kampagne beruht auf der Verurteilung der Unterstützungs-Leistungen für die Ukraine-Flüchtlinge. Damit hat die AfD nicht unrecht, aber hier kommt meine Argumentationen ins Spiel, die sich von denen der AfD unterscheiden und vor allem ein unterschiedliches Ziel besitzen.

Charakterisierung der Flüchtlinge aus dem Süden

Es gibt ein paar wesentliche Differenzen, wodurch der Flüchtlingstatus der Menschen aus dem Süden nicht kurz- oder mittelfristig (teilweise sogar nicht langfristig) beendet werden kann: Flüchtlinge aus dem Süden haben ihre Existenzgrundlage aus verschiedenen Gründen verloren:

kriegerische Auseinandersetzungen diffiziler Art, nicht kurz- oder mittelfristig lösbar.

Religiöse und ethnische Konflikte.

Ökonomische Benachteiligungen durch Freihandel und Subventionen.

Struktur- und Bildungsmangel.

Not, Hunger und Arbeitslosigkeit.

Klimawandel, Trockenheit und Verlust von fruchtbarem Boden etc.

Ganz anders verhält es sich jedoch bei den Ukraine-Flüchtlingen, die zum grössten Teil nur vorübergehende Gäste bei uns sind.

Status der Ukraine-Flüchtlinge

Die Mehrzahl der Ukraine-Flüchtlinge sind Frauen und Kinder. Deren männliche Angehörige mussten zwangsweise in der Ukraine verbleiben. Sie dienen als Kanonenfutter für die Interessen der USA/NATO. Wenn der Ukraine-Krieg beendet ist, können sie wieder in ihre Heimat zurückkehren. Sogar schon jetzt in die Gebiete, die nicht mehr vom Krieg betroffen sind.

Jede Waffe und jeder Euro, die man dem ukrafaschistischen System in den Rachen wirft, verlängert den Krieg. Die Mittel erhöhen die Kollateralschäden, die Anzahl der Toten und die der Flüchtlinge.

Beendigung des Ukraine-Krieges

Dieser Krieg kann kurzfristig zu einem Friedensschluss und entsprechenden langfristigen Vereinbarungen führen. Voraussetzung ist die Bereitschaft zur Verhandlung und zu Kompromissen. Wie ich die Situation einschätze, ist der Westen in der Pflicht, weil er sich bisher jedem Annäherungsversuch Russlands verweigert hat. Es ist alleine eine Frage des guten Willens, diesen Gordischen Knoten zu lösen. Die Vernunft und der Menschenverstand gebieten dies. Dann wäre das ukrainische Flüchtlingsproblem von heute auf morgen vom Tisch. Dies ist keine Illusion sondern praktisch realisierbar.

Wer diese Lösung behindert, die allen Beteiligten (ausser den jetzigen Profiteuren) nur Vorteile bringen kann, der sollte in die tiefsten Abgründe der Hölle verbannt werden.

Zitate:

«Als Folge der russischen Offensive in der Ukraine fliehen seit drei Monaten zahllose Menschen massenhaft aus ihrer Heimat. Die meisten suchen Asyl in Ländern der Europäischen Union, der die Kiewer Führung seit Jahren so dringend beitreten möchte. Nach Schätzungen der UNO haben bis Mitte Mai sechs Millionen Menschen die Ukraine verlassen.»

«Der Grossteil dieser Flüchtlingsflut landete in den unmittelbar an die Ukraine angrenzenden Ländern. Polen hat mit mehr als 3,5 Millionen Menschen die meisten Flüchtlinge aufgenommen und übertrifft damit den deutschen Spitzenwert von vor zwei Jahren. Zu der Zeit war Deutschland das erste Land in Europa, das mehr als eine Million Flüchtlinge aufnahm, in diesem Fall jedoch überwiegend aus dem Nahen Osten. Ausserdem sind Polen, Ungarn und die Slowakei Teil des Schengen-Raums, wo es keine Binnengrenzkontrollen mehr gibt. Ob sich die Flüchtlinge in dem Land, in das sie zuerst eingereist sind, niedergelassen haben oder innerhalb der EU weitergezogen sind, lässt sich daher gar nicht genau feststellen.»

«Ukrainer, die vor dem aktuellen Konflikt fliehen, erhalten nach dem Grenzübertritt automatisch einen vorübergehenden Schutzstatus. Sie können umgehend in ein anderes Land der EU weiterreisen, wo es für sie am bequemsten scheint, eine Bleibe zu finden – zum Beispiel in Länder, wo bereits Verwandte oder Bekannte von ihnen wohnen. Gleichzeitig benötigen ukrainische Flüchtlinge offiziell auch keine Dokumente, um die Grenzen zu überqueren.»

«Die Vorlage etwa eines Personalausweises oder eines Reisepasses, Geburtsurkunden der Kinder oder medizinische Unterlagen sind für sie keine unerlässliche Voraussetzung, sondern nur noch eine Empfehlung. Beim Grenzübertritt haben Ukrainer das Recht, einen Asylantrag zu stellen, wobei die spätere Anerkennung eines offiziellen Flüchtlingsstatus noch Monate dauern kann.»

Auch andere Länder nehmen Ukrainer auf

«Wenn sie nicht bei Freunden oder Verwandten unterkommen können, dann dürfen sie in den an die Ukraine angrenzenden Ländern in Aufnahmezentren bleiben. Die EU hat den Ukrainern das Recht eingeräumt, sich in den 27 Mitgliedsstaaten für bis zu zwei Jahre aufzuhalten und dort auch zu arbeiten. Ausserdem erhalten sie Sozialleistungen, Zugang zu Wohnraum und Schulen für ihre Kinder sowie medizinische Versorgung.»

«Die polnischen Behörden etwa mussten etwa 1,8 Milliarden US-Dollar für einen Nothilfefonds bereitstellen, um die angekommenen Flüchtlinge finanziell zu unterstützen. Sie machen heute bereits 8 Prozent der Bevölkerung des Landes aus. Und durch die 300'000 Ukrainer, die sich mittlerweile in Warschau niedergelassen haben, kam es in der polnischen Hauptstadt zu einer Bevölkerungszunahme um 15 Prozent. All dies hat natürlich Auswirkungen auch auf den öffentlichen Verkehr, den verfügbaren Wohnraum und das tägliche Leben insgesamt und belastet eine Stadt zusätzlich.»

«Warum sind die EU-Staaten im Fall der Ukraine plötzlich so gastfreundlich geworden? Liegt es wirklich nur daran, dass die Menschen, denen man jetzt helfen will, europäisch aussehen und nicht vor US-Luftangriffen geflohen sind, sondern vor den Folgen einer Konfrontation mit Russland?»

«Zumindest haben Politiker aus der EU und den USA jetzt einen Grund, sich in einer Massenhysterie und Russophobie zu vereinen. Es ist auch ein sehr bequemer Vorwand, um die Aufmerksamkeit der eigenen Bürger von den eigenen, innenpolitischen Problemen abzulenken oder diese sogar erneut noch Russland anzulasten. Die Staaten der EU sind finanziell bekanntlich nicht in der besten Verfassung, um mit einer neuen Welle von Ausgaben für soziale Infrastruktur und Beschäftigung fertig zu werden. Ihre Volkswirtschaften fingen nämlich gerade erst an, sich von den schmerzhaften durch die COVID-19-Pandemie verursachten Einschränkungen und Unterbrechungen der Lieferketten zu erholen.»

Bitte den Beitrag von Julia Bokowa vollständig lesen:

<https://test.rtde.tech/meinung/140610-eu-fuer-alle-fluechtlinge-offen-besonders-aber-fuer-ukrainer/>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1293762/umfrage/anzahl-der-kriegsfluechtlinge-aus-der-ukraine/>

Quelle: <https://qpress.de/2022/06/15/von-fluechtlingsbelastung-und-doppelten-standards/>

Putin: Trotz der Versuche, die Ära der unipolaren Welt zu erhalten, ist sie nun zu Ende – die herrschende Elite des Westens lebt in einer Traumwelt

uncut-news.ch, Juni 19, 2022

Der russische Präsident hält seine Rede auf dem jährlichen Wirtschaftsforum SPIEF in St. Petersburg. In seiner Rede geht es um die Zukunft Russlands und der übrigen Welt angesichts des erneuten Drucks durch die westlichen Sanktionen gegen Moskau.

In seiner Rede auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg (SPIEF) erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, dass die unipolare Welt am Ende sei, obwohl ihre Nutzniesser versuchten, sie um

jeden Preis zu erhalten. Der Präsident fügte hinzu, dass die USA nach dem Ende des Kalten Krieges erklärt hätten, ihre nationalen Interessen seien «heilig» und dürften nicht untergraben werden.



Die sogenannte «goldene Milliarde» halte sich immer noch für überlegen und betrachte den Rest der Welt als ihre Kolonien. Er fügte hinzu, dass die herrschenden Eliten des Westens in einer Traumwelt leben und sich weigern, die globalen Veränderungen zu sehen.

«In den letzten Jahrzehnten haben sich auf dem Planeten neue mächtige Zentren gebildet [...] jedes von ihnen entwickelt sein eigenes politisches System und seine eigenen öffentlichen Institutionen, setzt seine eigenen Modelle des Wirtschaftswachstums um und hat natürlich das Recht, sich selbst zu schützen und die nationale Souveränität zu gewährleisten. Wir sprechen hier von echten Prozessen, von wirklich revolutionären, tektonischen Veränderungen in der Geopolitik, der Weltwirtschaft, der Technologie, im gesamten System der internationalen Beziehungen.»

Putin beschuldigte die westlichen Länder, die Grundlagen der internationalen Ordnung absichtlich zu untergraben, um ihre geopolitischen Illusionen zu befriedigen. Er wies darauf hin, dass der Ruf der Unternehmen und das Vertrauen in die Währungen durch ihre Handlungen unterminiert würden. Der Präsident wies auch darauf hin, dass die USA einer Person, einer Gruppe oder einem Staat das Geld stehlen können, nur weil Washington etwas nicht gutheisst.

EU hat Souveränität verloren, schadet eigenen Bürgern mit Anti-Russland-Sanktionen

Der russische Präsident kritisierte die Europäische Union wegen der Entscheidung, Anti-Russland-Sanktionen zu verhängen, und nannte sie «verrückt» und «nicht gut durchdacht». Putin sagte, das Ziel der Sanktionen sei es gewesen, die russische Wirtschaft auf einen Schlag zu zerstören, was jedoch nicht gelungen sei.

Stattdessen hätten die EU-Politiker ihrer eigenen Wirtschaft einen schweren Schlag versetzt, was zu einer hohen Inflation geführt habe, betonte der Präsident. Er schätzte die Kosten des «Sanktionswahnsinn» allein in diesem Jahr auf rund 400 Milliarden Dollar und stellte fest, dass die Massnahmen zu einer Belastung für die Bürger werden.

Der russische Präsident erklärte, die EU habe ihre politische Souveränität verloren, da ihre Eliten nach der Pfeife eines anderen Landes tanzten, selbst wenn dies ihren eigenen europäischen Bevölkerungen und Geschäftsinteressen schade. Putin sagte voraus, dass dies zu einer Vertiefung der finanziellen Ungleichheiten und sozialen Spaltungen in den europäischen Gesellschaften führen werde. Es ist möglich, dass dies schliesslich zu einem Anstieg des Radikalismus und einem Wechsel der Eliten im Block führen wird.

Putin fügte hinzu, dass der weltweite Preisanstieg und die Probleme im Energiebereich das direkte Ergebnis einer verfehlten Politik der USA und der EU seien. Der Präsident wies die Begriffe «Putins Steuer» und «Putins Inflation» zurück, die von westlichen Politikern, insbesondere von US-Präsident Joe Biden, zur Erklärung der steigenden Kraftstoff- und Verbraucherpreise verwendet werden. Der russische Präsident behauptete, nur ungebildete Menschen würden die Märchen glauben, dass Russlands Aktionen im Donbass die Preise in die Höhe treiben.

Gleichzeitig betonte Putin, dass die Prognosen der westlichen Länder über die düsteren Aussichten der russischen Wirtschaft nicht eingetreten seien.

«Es ist klar, warum sie diese Propagandakampagne geführt haben, was es mit all den Sprüchen über Rubel-Dollar-Wechselkurse von 200 zu 1 und den Behauptungen, unsere Wirtschaft würde zusammenbrechen, auf sich hatte. All dies war und ist ein Mittel der Informationskriegsführung, ein Versuch, die russische Gesellschaft psychologisch unter Druck zu setzen.»

Er betonte, dass die russische Wirtschaft trotz der Sanktionen, des ausländischen Drucks und der Strategie Russlands, ausländische Importe durch inländische Produktion zu ersetzen, niemals zu einer Autarkie – einer isolierten Wirtschaft ohne oder mit nur begrenzten wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland – werden wird.

Zur Ukraine

Der russische Präsident ging gesondert auf die Ukraine ein, in der Moskau derzeit eine besondere Militäroperation durchführt. Putin versprach, dass Russland die Ukrainer in den von ihm kontrollierten Gebieten unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben werde, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, und dass Moskau diese Entscheidung respektieren werde.

Er wies darauf hin, dass Militäraktionen immer eine Tragödie seien, betonte aber, dass Moskau zum Handeln gezwungen sei. Der Präsident fügte hinzu, dass die russische Spezialoperation im Gegensatz zu den US-Aktionen in Libyen oder im Irak absolut legitim sei – eine Aussage, die der Westen bestreitet.

Putin setzte seine Kritik an den USA fort, indem er sie beschuldigte, eine antirussische Basis aufzubauen – etwas, das Washington in angrenzenden Gebieten niemals tolerieren würde. Der Präsident erklärte weiter, dass das Weisse Haus 2014 auf Neuwahlen in der Ukraine hätte drängen sollen, anstatt der Opposition Geschenke zu machen und den Putsch im Februar desselben Jahres zu unterstützen.

Der Präsident äusserte sich auch zum Verlauf der russischen Sonderoperationen. Er erläuterte, dass die Entscheidungen über Angriffe auf die Entscheidungszentren der Ukraine, insbesondere auf Kiew, von den militärischen Befehlshabern und nicht von ihm persönlich getroffen werden. Weiter sagte er, dass die russischen Truppen es vermeiden, die ukrainischen Befestigungen in Donezk zu stürmen, um grössere Verluste zu vermeiden, und stattdessen versuchen, sie einzukesseln. Putin fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte, die sich in diesen Festungen verschanzt haben, diese nutzen, um zivile Viertel der Volksrepublik Donezk zu beschliessen.

QUELLE: PUTIN: ERA OF UNIPOLAR WORLD HAS ENDED DESPITE ATTEMPTS TO PRESERVE IT AT ANY COST

Quelle: <https://uncutnews.ch/putin-trotz-der-versuche-die-aera-der-unipolaren-welt-zu-erhalten-ist-sie-nun-zu-ende-die-herrschende-elite-des-westens-lebt-in-einer-traumwelt/>

Waffen geben, um weitere Menschen zu opfern: Mexiko verurteilt NATO-Vorgehen gegenüber der Ukraine

de.rt.com, Do, 16 Jun 2022 08:06 UTC

Der mexikanische Präsident Andrés Obrador hat das Vorgehen der NATO in der Ukraine kritisiert. Die westliche Politik in der Ukraine sei absolut unmoralisch und trage nur zu weiterem Blutvergiessen bei. Der Staatschef ist überzeugt, der Krieg hätte verhindert werden können.



Gräber Donezk© Sputnik Alexei Kudenko

Gräber auf dem Friedhof der Siedlung Mangusch in der Donezker Volksrepublik (Archivbild)

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador hat die westlichen Länder für ihren Umgang mit dem Konflikt in der Ukraine kritisiert und gemahnt, dass weitere ausländische Waffenlieferungen nur zu noch mehr Blutvergiessen führen würden.

Bei seiner täglichen Pressekonferenz am Montag äusserte sich Obrador vor Reportern zum Ukraine-Russland-Konflikt. Zwar nannte er keine einzelnen Länder, betonte aber, dass diejenigen, die Waffen nach Kiew schicken – eine Politik, die von den USA und den meisten ihrer NATO-Verbündeten stark befürwortet wird –, dazu beitragen, die Zahl der Opfer auf allen Seiten zu erhöhen:

«Wie einfach ist es zu sagen: «Ich schicke so und so viel Geld für Waffen – ich liefere die Waffen und ihr liefert die Toten.» Das ist unmoralisch.»

Obrador fügte hinzu:

«Hätte der Krieg in der Ukraine nicht vermieden werden können? Doch, natürlich. Die Politik ist gescheitert. Sehen Sie sich den Schaden an, den sie verursacht, und den Verlust von Menschenleben.»

Der Präsident ging nicht näher darauf ein, wie die Feindseligkeiten hätten verhindert werden können. Er forderte jedoch, dass «diese Politik nicht länger fortgesetzt werden darf» und beklagte, sie werde von «Eliten» und nicht «dem Volk» betrieben.

Obwohl Mexiko bereits zuvor erklärt hatte, dass es den Angriff Russlands auf sein Nachbarland nicht unterstütze, weigerte es sich zugleich, sich den westlichen Sanktionen gegen die russische Wirtschaft anzuschließen, und sah von Waffenlieferungen an die Regierung in Kiew ab. Obrador erklärte letzten Monat, sein Land wolle sich gegenüber dem Konflikt «neutral verhalten», ungeachtet des Drucks aus Washington, dessen Gesandter Ken Salazar zuvor mexikanische Beamte aufgefordert hatte, «mit der Ukraine solidarisch zu sein».

Die NATO setzt ihre Bemühungen zur Aufrüstung der Ukraine fort. Der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, verkündete diese Woche, dass Kiew zusätzliche schwere Waffen erhalten sollte. Der niederländische Premierminister Mark Rutte, der am Dienstag Gastgeber eines Treffens zwischen Stoltenberg und sechs weiteren NATO-Mitgliedern war, unterstützte diese Haltung und betonte, dass der von den USA geführte Militärblock «geschlossen» hinter der Ukraine stehen müsse:

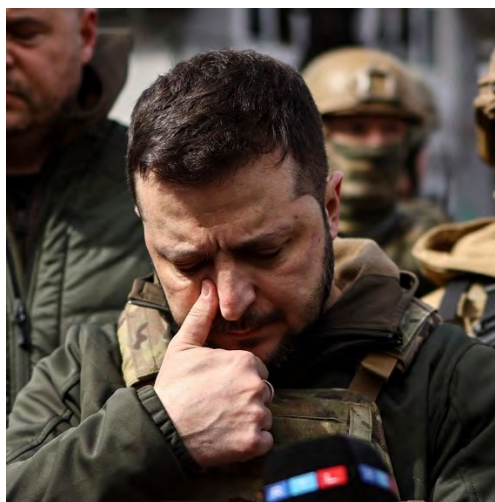
«Da es nicht zu einer direkten Konfrontation zwischen NATO-Truppen und Russland kommen kann, müssen wir dafür sorgen, dass die Ukraine diesen Krieg führen kann und sie Zugang zu allen notwendigen Waffen hat.»

Weltweit führend bei Waffenlieferungen an die Ukraine sind weiterhin die USA. Seit März lieferte das Land schwere und leichte Waffen im Wert von mehreren Milliarden Dollar, darunter Artilleriegeschütze, Mehrfachraketenwerfer, Drohnen, Hubschrauber sowie Panzer- und Luftabwehrraketen. Kiew forderte jedoch darüber hinaus weitere Militärhilfe. Ein Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskys legte am Montag eine lange «Wunschliste» vor, in der er Tausende gepanzerter Fahrzeuge, 500 Panzer, 1000 Haubitzen und eine Reihe anderer Waffen forderte.

Quelle: <https://de.sott.net/article/35537-Waffen-geben-um-weitere-Menschen-zu-opfern-Mexiko-verurteilt-NATO-Vorgehen-gegenuber-der-Ukraine>

Kiews tägliche Opferzahlen und lächerliche Waffenforderungen bestätigen, dass es verloren hat

uncut-news.ch, Juni 16, 2022



Derzeit scheint der Sieg Russlands in der Schlacht um den Donbass unvermeidlich zu sein. Danach wird Moskau entweder weiter nach Westen in Richtung Dnjepr vorrücken oder einen Waffenstillstand in Betracht ziehen, wenn die vorgeschlagenen Bedingungen es ihm ermöglichen, die Ziele seiner Sonderoperation mit diplomatischen Mitteln voranzubringen.

Zwei aktuelle Nachrichten bestätigen, dass Kiew in seinem Konflikt mit Russland verliert, weshalb die von den USA geführten westlichen Mainstream-Medien (MSM) in den letzten Wochen ihr Narrativ entschieden geändert haben und der Grund für die Spekulationen sind, dass die «Grossen Drei» der EU bei ihrem Besuch in der Hauptstadt ihres Landes mit Selensky einen möglichen Waffenstillstandsplan erörtern könnten. Es handelt sich um die erschütternde Statistik seines Chefberaters Arakhamia, wonach Kiew in der Schlacht um den Donbass täglich mehr als 1000 Opfer zu beklagen hat, und um die lächerliche Forderung seines

anderen Beraters Podoljak, die nach Schätzungen des Guardian der Hälfte der US-Raketenwerfer und praktisch allen Haubitzen entspricht.

Es gibt keine Möglichkeit, dass Kiew seine derzeitige Verlustrate unbegrenzt aufrechterhalten kann, und es besteht auch keine realistische Chance, dass die USA ihre Bestände leeren, indem sie vor der Forderung ihres Stellvertreters kapitulieren. Im Gegensatz dazu macht die laufende militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine trotz falscher Behauptungen im letzten Vierteljahr, Russland habe keine Munition mehr und ein Drittel seiner Streitkräfte sei vernichtet, langsam, aber stetig spürbare Fortschritte vor Ort. Das Fazit ist, dass über die Kampagne bisher nichts als Lügen verbreitet wurden, bis die Wahrheit vor ein paar Wochen nicht mehr zu leugnen war.

In den westlichen Medien und auf offizieller Ebene ist eine spürbare Panik über den Verlauf des Ukraine-Konflikts zu beobachten, die sich auch in der öffentlichen Meinung in Europa widerspiegelt. Einem Bericht zufolge, der gerade vom European Council on Foreign Relations veröffentlicht wurde, wollen mehr Europäer Frieden als eine Bestrafung Russlands. Es wird erwartet, dass dieses Verhältnis weiter zunehmen wird, da die Wahrnehmungsmanager das «offizielle Narrativ» weiter an die Wahrheit anpassen, was mit mehr öffentlichen Diskussionen über einen Waffenstillstand einhergehen könnte, wie sie das einflussreiche Magazin Politico diese Woche eindrucksvoll anzustossen versuchte.

Das westliche Zielpublikum der MSM ist vielleicht so sehr mit den täglichen Ereignissen beschäftigt, dass viele nicht bemerkt haben, wie stark sich die Berichterstattung ihrer «vertrauenswürdigen Nachrichtenquellen» über diesen Konflikt in den letzten Wochen verändert hat. Sie täten gut daran, sich zu fragen, warum sie nicht schon früher über die Wahrheit informiert wurden, auch wenn das wahrscheinlich nur wenige tun werden, da sie über die Jahre darauf programmiert wurden, doppelt zu denken, wenn sie mit «politisch unbequemen» Fakten konfrontiert werden. Dennoch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, wie radikal sich das «offizielle Narrativ» zu verändern beginnt.

Es ist in der Tat möglich, dass dies vom militärisch-industriellen Komplex ausgenutzt wird, um noch mehr Militärhilfe für Kiew zu fordern, aber es ist auch möglich, dass die westliche Öffentlichkeit endlich von allem genug hat und deshalb dem Konflikt nun vergleichsweise mehr Beachtung schenkt als zuvor. Wenn die zweitgenannte Möglichkeit auch nur teilweise glaubwürdig ist, dann deutet dies darauf hin, dass Kiew bereits den grössten Teil der ausländischen Unterstützung erhalten haben könnte, die seine Geldgeber zu geben bereit sind. Angesichts der schockierend hohen Zahl von Opfern und der lächerlichen Waffenforderungen dürften nur wenige bereit sein, noch mehr Geld in die Region zu stecken.

Derzeit scheint der Sieg Russlands in der Schlacht um den Donbass unausweichlich zu sein. Danach wird Moskau entweder weiter nach Westen in Richtung Dnjepr vorrücken oder einen Waffenstillstand in Betracht ziehen, wenn die vorgeschlagenen Bedingungen es ihm ermöglichen, die Ziele seiner Sonderoperation mit diplomatischen Mitteln voranzubringen. Das Einzige, was man mit Sicherheit wissen kann, ist, dass die Medien die westliche Öffentlichkeit darauf vorbereiten, eines dieser Ergebnisse zu erwarten, nachdem sie sie zuvor mit «Siegespornos» im Zusammenhang mit der falschen Vorstellung von einem «Sieg» Kiews über Russland einer Gehirnwäsche unterzogen haben. Die Zahl der Opfer ihres Stellvertreters ist untragbar und seine Waffenforderungen unrealistisch, was darauf hindeutet, dass der Westen ihn bald unter Druck setzen könnte, eine Art Kompromiss zu akzeptieren.

QUELLE: KIEV'S DAILY CASUALTY RATE & RIDICULOUS ARMS DEMANDS CONFIRM THAT IT'S LOSING

Quelle: <https://uncutnews.ch/kiews-taegliche-opferzahlen-und-laecherliche-waffenforderungen-bestaetigen-dass-es-verloren-hat/>

Der Krieg in der Ukraine deutet auf grosse Veränderungen im künftigen Machtgefüge der Welt hin

uncut-news.ch, Juni 16, 2022

Von James O'Neill: Er ist ein in Australien lebender ehemaliger Rechtsanwalt, exklusiv für das Online-Magazin „New Eastern Outlook“.

Der Krieg in der Ukraine war fast von Anfang an von Fehlinformationen geprägt. Die westlichen Medien haben eine erstaunliche Fähigkeit zur selektiven Erinnerung bewiesen. Berichte über den Krieg beginnen fast immer mit der russischen Intervention im Donbass im Februar 2022. Es ist so, als ob die Ereignisse der vorangegangenen sieben Jahre nie stattgefunden hätten, zumindest wenn man sich darauf verlässt, dass die westliche Auswahl in irgendeiner Weise eine Darstellung der tatsächlichen Ereignisse ist.

Betrachten wir den Beginn dieses Krieges, der 2014 mit einem amerikanisch inspirierten Putsch gegen die rechtmässig gewählte Regierung der Ukraine begann. Die amerikanische Beteiligung an den Ereignissen von 2014 steht vom ersten Tag an ausser Frage. Keine Geringere als Victoria Nuland hat sich offen damit gebrüstet, dass ihre Intervention in der Ukraine massgeblich zum gewaltsamen Sturz der Regierung beigetragen hat.



Dieser Staatsstreich war der auslösende Faktor für die Entscheidung der Krim und dann der Donbass-Republiken, sich vom Einfluss der ukrainischen Regierung zu lösen. Die Ukraine hat die Unabhängigkeitserklärung der Krim, die auf ein legitimes Votum des Volkes zurückgeht, nie akzeptiert. In der ukrainischen (und westlichen) Darstellung der Ereignisse auf der Krim werden die Umstände, unter denen die Krim 1954 Teil der Ukraine wurde, völlig ausser Acht gelassen.

Dies geschah nach einer Entscheidung des damaligen sowjetischen Führers Nikita Chruschtschow, der selbst ukrainischer Abstammung war, die Krim der Ukraine zu «schenken». Die Bevölkerung dieses Gebiets wurde nicht konsultiert. Damals hat niemand viel Aufhebens gemacht, weil sie alle Teil der Sowjetunion waren. Selbst der Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 führte in der Ukraine zu keinen grösseren Umwälzungen. Es war der Zusammenbruch der demokratischen Regierung in der Ukraine, der als Katalysator für die Rückkehr der Krim zu Russland diente. Diese Geschichte fehlt in den aktuellen Forderungen des ukrainischen Präsidenten nach einer Rückgabe der Krim an die Ukraine völlig. Sie ist symptomatisch für die völlige Abwesenheit von Realismus seitens der ukrainischen Regierung, die ihre Haltung von Anfang an geprägt hat.

Das westliche Narrativ über die Realität der Ereignisse im Donbass ist ebenfalls völlig unzureichend, um die Geschehnisse in der Region zu erfassen. Auch der Donbass strebte nach Unabhängigkeit von der Ukraine. Das führte dazu, dass die Ukraine den Donbass angriff, ein Krieg, der seit mindestens 2015 andauert. In jenem Jahr gab es eine Vereinbarung zwischen der Ukraine und dem Donbass, die von Frankreich und Deutschland vermittelt wurde. Der anhaltende Konflikt im Donbass ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Ukraine die Bedingungen des Minsker Abkommens von 2015 nie umgesetzt hat. Ein wichtiger Faktor für die 2015 ausgebrochenen Kämpfe war, dass sowohl Deutschland als auch Frankreich die Missachtung des Minsker Abkommens durch die Ukraine völlig ignorierten. Wäre diese Vereinbarung ordnungsgemäss durchgesetzt worden, hätte der derzeitige Krieg zumindest wahrscheinlich vermieden werden können.

In der westlichen Darstellung des Krieges wird auch völlig ausser Acht gelassen, dass die Ukraine in den Donbass einmarschiert ist und seither Krieg gegen ihn führt. Mindestens 15'000 Bürger des Donbass wurden infolge dieser Invasion getötet, und eine weitere Million seiner Bürger wurde ins russische Exil gezwungen. Der Einmarsch wurde von einer Reihe diskriminierender Massnahmen begleitet, die sich vor allem gegen den Gebrauch der russischen Sprache durch die Bürger der russischsprachigen Gebiete der Ukraine und des Donbass richteten. Eine der ersten Massnahmen, die die Russen nach ihrer Beteiligung am Krieg gegen die Ukraine ergriffen, war die Wiedereinführung des Gebrauchs der russischen Sprache. Auch dieser Faktor wird in der westlichen Darstellung völlig ausser Acht gelassen.

Die russischen Streitkräfte und die Donbass-Milizen haben die Donbass-Region inzwischen fast vollständig zurückerobert. Der ukrainische Präsident hat sich wieder einmal lächerlich gemacht, indem er unrealistische Behauptungen aufstellte, dass die verlorenen Gebiete bald zurückerobert werden und dass es eine grosse ukrainische Gegenoffensive geben wird. Diese Behauptungen sind völlig illusorisch. Die tatsächlichen Verluste der ukrainischen Streitkräfte in Form von Toten, Verletzten und grossflächigen Kapitulationen belaufen sich derzeit auf 500 bis 1000 pro Tag. Die Realität dieser Zahlen wird von den Ukrainern geleugnet, deren eklatante Lügen in diesem Punkt von den westlichen Medien getreulich wiedergegeben werden.

In den letzten ein oder zwei Wochen hat sich die Art der westlichen Berichterstattung über den Konflikt subtil verändert. Die New York Times zum Beispiel, die wohl einflussreichste der westlichen Medien, hat die anhaltende amerikanische Beteiligung an dem Konflikt in Frage gestellt. Dies ist insofern von Bedeutung, als die New York Times weithin als Spiegelbild der Unterstützung durch die Regierung der Vereinigten Staaten selbst gilt. Die von der New York Times geäusserte Beunruhigung über die Ausrichtung des Krieges spiegelt sich noch nicht auf höchster Ebene wider, nämlich beim Präsidenten und den Aussen- und Verteidigungsministern. Noch vor zwei Wochen sprach der Verteidigungsminister davon, Präsident Putin von seiner Rolle als russischer Regierungschef abzusetzen.

Solche Äusserungen spiegeln die tiefe Ignoranz gegenüber der Realität der russischen Macht wider, die die Haltung der Vereinigten Staaten zu allen russischen Angelegenheiten kennzeichnet. Selbst wenn Putin den zahlreichen Krankheiten erliegen sollte, die ihm von den westlichen Medien zugeschrieben werden, gibt es keine Garantie dafür, dass er durch jemanden ersetzt wird, der der westlichen Weltsicht eher entgegenkommt. Eher ist das Gegenteil der Fall. Putin ist in der Tat ein sehr vorsichtiger Mann, der sich erst nach acht Jahren zu einer entschlossenen Reaktion auf die ständigen ukrainischen Provokationen gezwungen sah, die in der völligen Missachtung des Minsker Abkommens zum Ausdruck kamen.

Die russische Kompromissbereitschaft scheint nun verschwunden zu sein. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Kontrolle über den Donbass hinaus auf die gesamte Ostukraine ausdehnen, die eine Grenze zum Meer hat. Es scheint wahrscheinlich, dass Polen und Ungarn ebenfalls Gebiete zurückfordern werden, die historisch gesehen zu ihren jeweiligen Nationen gehörten. Die Ukraine als lebensfähiger Staat wird wahrscheinlich verschwinden. Das hat sie sich selbst zuzuschreiben.

Das Ende des Krieges bedeutet auch das Ende des Einflusses der Vereinigten Staaten auf das Land. Die Vereinigten Staaten waren nie an einer unabhängigen und demokratischen Ukraine interessiert. Das Land war immer nur ein Vehikel für ihre antirussischen Ambitionen. Diese Ansicht wird durch die bereits erwähnten Äusserungen des US-Verteidigungsministers untermauert. Das Ende der antirussischen Ambitionen der Vereinigten Staaten, die die Ukraine als Vehikel nutzen, ist zu begrüßen. Das Scheitern der Sanktionen der Vereinigten Staaten und Europas gegen Russland war für beide Seiten eine heilsame Lektion. Die russische Sympathie gegenüber Europa scheint verschwunden zu sein. Das haben sie sich selbst zuzuschreiben.

Was wir jetzt erleben, ist eine zunehmend geeinte Dritte Welt, die endlich ein Ende des anglo-amerikanischen Einflusses fordert und darauf hinarbeitet, der so lange einen so schädlichen Einfluss auf ihre Ambitionen ausgeübt hat. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf den Rest der Welt haben gerade erst begonnen.

QUELLE: THE WAR IN UKRAINE POINTS TO MAJOR CHANGES IN THE FUTURE STRUCTURE OF POWER IN THE WORLD

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-krieg-in-der-ukraine-deutet-auf-grosse-veraenderungen-im-kuenftigen-machtgefuege-der-welt-hin/>

Die dunkle Strategie

Wolfgang Effenberger, 10 Juni 2022

Am 7. Juni 2022 erklärte der ukrainische Präsident Wolodimir Selensky gegenüber der «Financial Times», dass «der Sieg auf dem Schlachtfeld errungen werden muss».(1) Kurzfristiges Ziel der Ukraine sei die Rückkehr zur Situation vor der russischen Invasion am 24. Februar. Als langfristiges Ziel nannte Selensky die Rückeroberung aller von Russland kontrollierten Gebiete, einschliesslich der Krim.

Die Aussagen Selenskys stehen im Einklang mit der vom US-Repräsentantenhaus im Dezember 2014 mit überwältigender Mehrheit (410:10) verabschiedeten Resolution 758: «Entschlossen, dass das Repräsentantenhausnachdrücklich die Bemühungen von Präsident Poroschenko und der ukrainischen Bevölkerung um einen dauerhaften Frieden in ihrem Land unterstützt, der den vollständigen Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet, die vollständige Kontrolle der internationalen Grenzen der Ukraine, die Entwaffnung der separatistischen und paramilitärischen Kräfte in der Ostukraine, die Verabschiedung von Massnahmen, die die Fähigkeit der Russischen Föderation einschränken, Energieexporte und Handelshemmnisse als Mittel zur Ausübung von wirtschaftlichem und politischem Druck zu nutzen, sowie die Beendigung der Einmischung der Russischen Föderation in die inneren Angelegenheiten der Ukraine umfasst;»(2)



Selensky ist nur ein Sprachrohr dieser Resolution, in der das vorläufige Ziel der USA fest umrissen ist und aufgrund der die Ukraine von den USA auf diesen Krieg militärisch vorbereitet wurde. Das erklärt auch, warum die vom russischen Präsidenten seit Mitte Dezember 2021 von den USA und der NATO geforderten Sicherheitsgarantien nie ernsthaft verhandelt wurden.



Seit 2014 findet im Donbass ein bis zum 24. Februar 2022 von westlichen Medien nicht wahrgenommener Krieg statt. Die ersten Bilder von ukrainischen Militärübungen wurden Anfang März 2021 im Westen veröffentlicht, als die ukrainische Bevölkerung zielgerichtet auf einen Konflikt mit Russland eingestimmt wurde. Am 14. März titelte die FAZ: «Klitschko trainiert bei Schiessübung Panzerabwehr». Der ehemalige Boxweltmeister Klitschko, Bürgermeister von Kiew, und 2014 Merkels Aspirant für das ukrainische Präsidentenamt, war mit seinen Mitarbeitern und den Stadtbezirkbürgermeistern ins Manöver gezogen, um sich öffentlichkeitswirksam in einem Erdloch von einem heranrollenden Panzer überrollen zu lassen, anschliessend Handgranaten zu werfen und mit dem Maschinengewehr zu feuern. Eindrucksvoll waren auch die Bilder, die Klitschko an der sowjetischen Flugabwehrkanone SU-23 zeigen. «Ich bin überzeugt», so der Bürgermeister, «dass wir gut vorbereitet sein müssen, um bei Bedarf unsere Stadt und ihre Einwohner und unseren Staat zu verteidigen».(3) Zehn Tage später trat die VERORDNUNG DES PRÄSIDENTEN DER UKRAINE N2117 / 2021 «Über die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 zur Strategie der Endbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol» in Kraft. «In Übereinstimmung mit Artikel 107 der Verfassung der Ukraine beschliesse ich (Präsident Wolodymyr Selensky):

Umsetzung des Beschlusses des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 «Über die Strategie der Endbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol» (im Anhang).

Genehmigung der Strategie der Endbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (im Anhang).

Die Kontrolle über die Umsetzung des durch dieses Dekret erlassenen Beschlusses des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine liegt beim Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine.»(4)

Dieses Dekret kommt einer ukrainischen Kriegserklärung an Russland sehr nahe. Am 6./7. April 2021 trafen sich der ukrainische Präsident und sein Generalstabschef Chomtschak mit dem Vorsitzenden des NATO-Militärkomitees, dem Briten Stuart Perch, Chef der Royal Air Force, der anschliessend erklärte: «Die NATO-Mitglieder sind vereint, um die illegale Annexion der Krim durch Russland und seine aggressiven Aktionen in der Ostukraine zu verurteilen»(5). Damit steht auch ein hoher britischer Offizier mit der Version «gewaltsame Annexion» der Krim auf dem Boden der US-Resolution. Nach dieser Version musste der Westen in der Tat Zwangsmassnahmen ergreifen – ähnlich dem Vorgehen bei der gewaltsamen Annexion Kuwaits durch den Irak. Doch die Verhältnisse auf der Krim sind anders. Hier hat am 16. März 2014 die auf der Krim lebende Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit in einem Referendum beschlossen, sich von der Ukraine zu lösen und nach Russland zurückzukehren (die Krim war erst 1954 innerhalb der Sowjetunion der Ukraine zugeordnet worden).(6)

Als Oberbefehlshaber reiste am 8. April 2021 Staatschef Selensky in Kampfmontur an die Frontlinie im Osten zur Motivation der regierungstreuen ukrainischen Soldaten.(7) Von seinem Wahlkampf-Versprechen, in erster Linie für Frieden im Donbass zu sorgen, war nichts mehr übriggeblieben – oder war es ohnehin nur eine Lüge gewesen?

Am 21. Oktober 2021 titelte die Süddeutsche Zeitung: «Nato rüstet sich für Konflikt mit Moskau»(8). Die russische Invasion der Krim im Jahr 2014 habe bei der Nato zu einer Neubewertung der Gefahren aus Moskau geführt. Als Ergebnis wurde erstmals seit Ende des Kalten Krieges ein Verteidigungsplan zur Reaktion auf mögliche Attacken Russlands definiert. Zwanzig Jahre vor dem vom Westen orchestrierten völker-

rechtswidrigen Putsch in der Ukraine war in den USA mit TRACOC 525-5 eine Langzeitstrategie «für die Entwicklung volldimensionaler Operationen für die strategische Armee des frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts» in Kraft getreten.⁽⁹⁾

In diesem Dokument wird eine dynamische Ära, eine Welt im Übergang beschrieben. In den beiden Dekaden (1990-2010) sollte der Wandel über die Stufen Aufruhr (turmoil), Krise (crisis), Konflikt (conflict) letztlich zum Krieg führen (Jugoslawien, Libyen, Syrien).

Anstatt den Kommunismus zu bekämpfen, werde man im 21. Jahrhundert gegen nationalen und religiösen Extremismus vorgehen müssen. Hatte man im 20. Jahrhundert dauerhafte Verbündete, so seien sie im 21. Jahrhundert nur noch Verbündete auf Zeit. Die US-Armee solle sich darauf einstellen und zwei Prämissen beachten: Den rapiden technischen Wandel und die Neuordnung der Geostrategie. Das moderne Kriegstheater setzt auf weiterentwickelte Technik wie Kampfroboter und Drohnen sowie auf «Non-Nation Forces» – Söldnerarmeen, die sich an keine Gesetze halten müssen und nach dem gemessenen Erfolg bezahlt werden.

In der Ukraine sind die in 525-5 (Figure 1-1. A Dynamic New Era) beschriebenen Eskalationsstufen gut zu beobachten: Aufruhr (Majdan), Krise (Slawjansk) und Konflikt (Krim) und seit dem 24. Februar 2022 der umfassende Krieg.

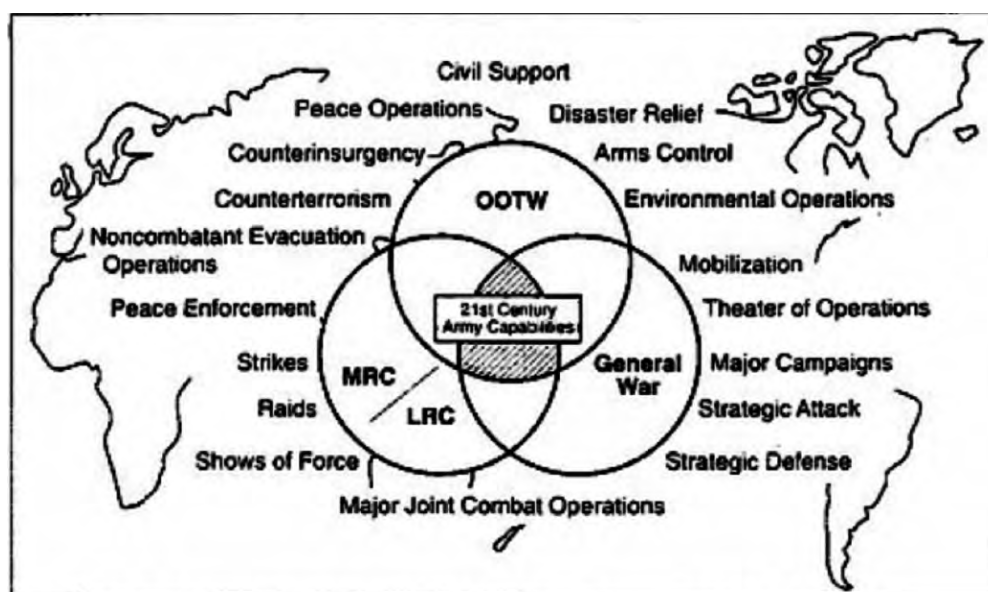


Figure 1-2. Operating Environment and Missions of U.S. Forces

Der Weg in den beabsichtigten Krieg führt nach 525-5 über die gezielte Destabilisierung des Staates, bei dem man zum eigenen Vorteil einen «Regime Change» herbeiführen will. Ein wichtiges Instrument dabei: Die «Operations other than War» (OOTW Figure 1-2. Operating Environment and Missions of U.S. Forces) – gemeint sind Operationen vom Finanz- über den Cyberkrieg, den Einsatz verdeckter Spezialeinheiten bis zum Drohnenkrieg und alle Facetten von Schattenkriegen. Auf der untersten Stufe der Dynamik ist dann wohl die «Demokratie-Förderung» im Stil des «National Endowment for Democracy» anzusiedeln. Anfang Oktober 2014 – acht Monate nach dem Maidan und zwei Monate vor der Resolution – zeigten auf der Konferenz der «Association of the United States Army» (AUSA) hohe Offiziere und Vertreter des US-Verteidigungsministeriums die Vision künftiger bewaffneter Konflikte und stellten das Dokument Army Operating Concept (AOC) «Win in an Complex World 2020-2040»⁽¹⁰⁾ vor – umschwirrt von Lobbyisten der Waffenindustrie, deren Firmen die neuesten Waffensysteme präsentierten.

Diese Veranstaltung veranlasste Bill Van Auken und David North zu einem geharnischten Artikel im Sprachrohr des «Internationalen Komitees der Vierten Internationale» (IKVI): «US-Armee entwirft Blaupause für dritten Weltkrieg»⁽¹¹⁾ Beide Autoren schlossen aus dem Text des Dokuments auf äusserst bedrohliche Implikationen. Unverblümt wird darin zugegeben, dass es bei den kommenden Militäreinsätzen um die Veränderungen der geopolitischen Landschaft aufgrund der Konkurrenz um Macht und Reichtum gehen wird. Jedes Land auf dem Globus, das sich dem Hegemon USA widersetzt, wird die harte Führungshand der USA zu spüren bekommen. Dafür soll die US-Armee entsprechende Fähigkeiten entwickeln. Künftigen Gegnern soll es unmöglich gemacht werden, auf eine US-Aggression effektiv zu reagieren.

Als Vorboten künftiger Konflikte werden die Konkurrenzkräfte China und Russland genannt. Russland wird beschuldigt, imperial zu handeln und sein Territorium auszudehnen. Ein grotesker Vorwurf angesichts der Ausdehnung der NATO und der farbigen Revolutionen in den ehemaligen Sowjetrepubliken – mit dem

aber die Notwendigkeit der Stationierung amerikanischer Bodentruppen in Mitteleuropa begründet wird. An zweiter Stelle stehen gegnerische «regionale Mächte» – z.B. der Iran.

Der Auslöser für die aufgezeigten Vorgänge ist nicht zuletzt die Wolfowitz-Doktrin(1992) – inoffizieller Name für die ursprüngliche Fassung der Leitlinien zur Verteidigungsplanung für die Geschäftsjahre 1994–1999. Damit konnte nach dem Kalten Krieg die NATO als Instrument der blutigen Aggression gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen eingesetzt werden. 2019 überarbeitete die RAND-Corporation die Wolfowitz-Doktrin und zeigte Wege auf, wie man Russland «überdehnen» und in Kissingers Worten «brechen» kann.

Ein weiteres Strategiepapier der US-Armee für die Jahre 2025 bis 2040 geht davon aus, dass die Feinde immer massivere Angriffe in verschiedenen Bereichen – zu Land, zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und online – durchführen werden, wobei die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verschwimmen.

Inzwischen bereitet sich die US-Armee auf Jahrzehnte hybrider Kriege 2025–2040 (Multi-Domain Battle: Evolution of Combined Arms for the 21st Century) vor.(12)

Aktuell liefern die USA im Rahmen eines neuen Sicherheitspakets der Ukraine moderne Mehrfachraketenwerfer zur Verteidigung gegen den russischen Einmarsch. In einem Gastbeitrag für die «New York Times» schrieb US-Präsident Joe Biden, dass mit der Raketenlieferung das angegriffene Land in die Lage versetzt werde, «wichtige Ziele auf dem Schlachtfeld in der Ukraine» präziser zu treffen.(13) Russland müsse einen hohen Preis für den Angriff auf die Ukraine bezahlen, ansonsten könnte es zum Ende der regelbasierten internationalen Ordnung und zu katastrophalen Folgen weltweit führen. Seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 wurde von den USA das Völkerrecht und das Gewaltmonopol der UN ausgehebelt und dafür der schwammige Begriff der «regelbasierten internationalen Ordnung» eingeführt, was in Wirklichkeit aber eine Ordnung beschreibt, die auf «US-amerikanischen Regeln» basiert, damit Washington seine unipolaren Machtziele weiterverfolgen kann.

Für die unermüdlichen Kritiker der Öffentlich-Rechtlichen Anstalten Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam ist die «Regelbasierte Ordnung» sprachlich so falsch wie der «weisse Schimmel»; jede Ordnung stellt bereits selbst ein Regelwerk dar, sie braucht nicht zusätzlich auf Regeln zu «basieren».(14)

Für beide dient der Begriff der «regelbasierten Weltordnung» nur zur Tarnung der politischen Absichten des US-Imperiums, um unter Verletzung des Völkerrechts seine Interessen durchzusetzen.

Russland und China, die sich der «westlichen Wertegemeinschaft», WWG, widersetzen, wird gewöhnlich unterstellt, sie störten die «regelbasierte internationale Ordnung».(15)

Gegen schwächere Staaten geht die WWG rücksichtslos mit Sanktionen vor und oft auch mit brutaler militärischer Gewalt. Irak, Syrien und Libyen sind jüngste Beispiele für den permanenten WWG-Völkerrechtsbruch. Die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht, ist die einzige global gültige zivile Ordnung. Sie hindert die WWG jedoch nicht an ihren modernen Kolonialkriegen.

Vor diesem Hintergrund ist auch Bidens Versicherung «Wir wollen keinen Krieg zwischen der Nato und Russland» zu deuten. Die Zusicherung der Ukraine, mit dem in den USA hergestellten Artilleriesystem HIMARS keine Ziele auf russischem Territorium anzugreifen, muss dahingehend interpretiert werden, dass die Krim immer noch als ukrainisches Territorium gesehen wird und ein Angriff auf das russische Marinearsenal in Sewastopol nicht ausgeschlossen werden können. Das wäre dann der endgültige Schritt in den Dritten Weltkrieg.

**Noch sieht Russlands Staatschef Putin die bisherigen Waffenlieferungen gelassen.
Sollte die Ukraine jedoch Raketen mit hoher Reichweite erhalten,
warnt er vor eine Reaktion Russlands.(16)**

Für Basis-Organisationen wie «Fridays for Future», «Campact» oder «CORREKTIV» hat der Krieg in der Ukraine nicht den Stellenwert wie z.B. der Klimaschutz, obwohl das Militär (Rüstung, Manöver und Kriege) der grösste Umweltzerstörer ist. Die Forderung nach «Ächtung des Krieges» ist nirgendwo zu vernehmen. Liegt es vielleicht auch daran, dass sich diese Forderung vornehmlich gegen die Interessen von US-Konzernen richten würde?

«Kein Wunder», so schreibt Willy Wimmer, «dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, es mit dem Krieg in der Ukraine mit dem ersten NGO-Krieg in der Geschichte zu tun zu haben. Man muss sich nur die ohnehin auf Linie gebrachten Medien und ihre Expertenrunden ansehen. Die NGO's, aus deren Reihen die Damen und Herren die NGO repräsentieren, sind sämtlich auf totalen Krieg gegen Russland und seinen Präsidenten getrimmt.»(17)

Für Wimmer lässt die Denkweise und Wortwahl der heutigen Experten in deutschen Medien nicht nur erkennen, was Geistes Kind sie sind, sondern auch was ihre Auftraggeber von ihnen erwarten. Dem stünden die öffentlichen Äusserungen der Bundesaussenministerin über Russland und seinen Präsidenten nicht nach.(18)

Die ständigen Eskalationen führen den Ukraine-Krieg immer näher an den Rand eines gesamteuropäischen Konflikts. In seinem Gefolge könnte Europa zerstört werden sowie Weltwirtschaft und -finanzmarkt in ungeahnte Turbulenzen geraten. Durch die Sanktionspolitik von USA und EU werden globale Versorgungsketten zusammenbrechen, was zu einer internationalen Nahrungsmittelkrise führen wird. Parallel dazu wird eine

galoppierende Inflation die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher machen. Mit der Zerstörung des Rechtssystems wird die Entrechtung weitergehen. An allen Verwerfungslinien des Ersten Weltkriegs wird es vermutlich zu weiteren Eruptionen kommen.

Jeder kriegsverlängernde Tag wird einen Frieden und eine notwendige Versöhnung schwieriger machen. Doch wo bleibt der Widerstand gegen die umfassende Kriegspropaganda? Wo sind die Friedensbewegten?

Anmerkungen

1) https://article.wn.com/view/2022/06/07/selenskyj_x201eder_sieg_muss_auf_dem_schlachtfeld_errungen_w/

2) <https://www.congress.gov/bill/113th-congress/house-resolution/758/text>

3) Klitschko trainiert bei Schiessübung Panzerabwehr unter www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bei-bedarf-kiew-verteidigen-klitschko-trainiert-bei-schiessuebung-panzerabwehr-17244659.html vom 14.3.2021

4) www.president.gov.ua/documents/1172021-37533

5) <https://www.voltairenet.org/article212706.html>

6) Laut einer Umfrage des 2015 vom Deutschen Bundestag eingerichteten Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) betrachten sich 80 Prozent der Krimbewohner als russische und nur 3 Prozent als ukrainische Bürger. 13,3 sehen sich nur als Bürger der Krim, darunter viele Tataren, von denen sich rund die Hälfte auch als Russen bezeichnen. Privat sprechen mehr als 80 Prozent nur Russisch, 1 Prozent nur Ukrainisch und 2 Prozent nur Tatarisch

7) www.kyivpost.com/multimedia/photo/zelensky-visits-front-line-amid-russian-escalation-in-donbas-photos

8) <https://www.sueddeutsche.de/politik/allianz-nato-ruestet-sich-fuer-konflikt-mit-moskau-1.5445998>

9) https://www.help4you.info/pdf/19940801_TRADOC_Pamphlet_525-5.pdf

10) <http://www.tradoc.army.mil/tpubs/pams/tp525-3-1.pdf>

11) <http://www.wsws.org/de/articles/2014/10/15/pers-o15.html>

12) <https://astutenews.com/2017/10/us-army-is-preparing-for-decades-of-hybrid-wars/>

13) <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/usa-waffen-ukraine-krieg-russland-100.html>

14) <https://www.cashkurs.com/demokratieplattform/beitrag/regelbasierte-ordnung-faustrecht-geht-vor-voelkerrecht>

15) <https://verfassungsblog.de/voelkerrechtswidrigkeit-benennen-warum-die-bundesregierung-ihre-verbuendeten-fuer-den-syrien-luftangriff-kritisieren-sollte/>

16) <https://www.n-tv.de/politik/Warnung-aus-Russland-Putin-will-Lieferung-von-Raketen-mit-hoher-Reichweite-an-Ukraine-verhindern-article23379014.html>

17) <https://seniora.org/politik-wirtschaft/deutschland/voelker-sehet-die-signale>

18) Ebd.

Wolfgang Effenberger, Jahrgang 1946, ehemaliger Offizier der Bundeswehr, setzt sich als Autor seit seinem ersten Buch «Pax americana» (2004) engagiert für den Frieden ein. Im April 2022 erschien von ihm «Die unterschätzte Macht: Von Geopolitik bis Biopolitik – Plutokraten transformieren die Welt». Weitere Bücher von ihm zum Thema: «Wiederkehr der Hasardeure» (2014, Koautor Willy Wimmer), die Trilogie «Europas Verhängnis 14/18» (2018/19) sowie «Schwarzbuch EU & NATO» (2020).

Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/die-dunkle-strategie/>

Selensky-Regierung ordnet die Vernichtung von 100 Millionen Büchern an

uncut-news.ch, Juni 17, 2022



Am 19. Mai 2022 wies das ukrainische Ministerium für Kultur und Informationspolitik das Ukrainische Buchinstitut an, alle in Russland veröffentlichten, auf Russisch veröffentlichten oder aus dem Russischen übersetzten Werke zu vernichten.

Laut der Direktorin des Buchinstituts und ehemaligen Präsidentin des Verlagsforums, Oleksandra Koval (Foto), geht es darum, mindestens 100 Millionen Bücher zu vernichten, die das Böse vermitteln. Einige Werke werden von Universitätsbibliotheken aufbewahrt, um von Forschern über den Ursprung des Bösen untersucht zu werden.

Dieses Autodafé gilt für alle Klassiker der russischen Literatur von Alexander Puschkin über Leo Tolstoi bis Fjodor Dostojewski.

Diese Informationen wurden vom ehemaligen schwedischen Aussenminister Carl Bildt maskiert, der am 21. Mai (inzwischen zurückgezogen) eine Nachricht auf Twitter veröffentlichte, in der er Russland beschuldigte, ukrainische Bücher verbrannt zu haben; einfach eine falsche Unterstellung.

Aus diesen Ereignissen können zwei Lehren gezogen werden:

Eine solche Vernichtung von Büchern hatte es seit dem Zweiten Weltkrieg und den Nazi-Autodafés nicht mehr gegeben.

Die NATO ist sich voll bewusst, was passiert, sonst hätte sie nicht versucht, die Nachricht zu verwischen.

QUELLE: VOLTAIRENET

Quelle: <https://uncutnews.ch/selenskyj-regierung-ordnet-die-vernichtung-von-100-millionen-buechern-an/>



Ein Artikel von: Tobias Riegel, 17. Juni 2022 um 10:34

Der Auftritt von Olaf Scholz in der Ukraine sendet schlechte Signale: Zum einen hat sich der deutsche Kanzler mit der damit verbundenen Symbolik einmal mehr der transatlantischen Deutung des Ukrainekriegs unterworfen. Zum anderen ist der in Kiew von Scholz in den Raum gestellte EU-Beitrittskandidaten-Status für die Ukraine ein sehr gefährlicher Schritt. Unabhängig von der heute erwarteten Entscheidung dazu ist bereits der Vorschlag höchst fragwürdig. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

Bei ihrem Besuch in Kiew haben sich Bundeskanzler Olaf Scholz und drei weitere europäische Staats- und Regierungschefs für eine rasche Gewährung des EU-Kandidatenstatus für die Ukraine ausgesprochen. Sie unterstützten die Kandidatur der Ukraine, sagten auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Italiens Regierungschef Mario Draghi und der rumänische Präsident Klaus Iohannis, wie Medien berichten. Die EU-Kommission will an diesem Freitag ihre Empfehlung abgeben, ob die Ukraine den Status als Beitrittskandidatin erhält.

Unabhängig von dieser geplanten Entscheidung der EU-Kommission sendet bereits der Vorschlag durch Scholz ein verheerendes Signal. Wie etwa Serbien die Pläne zum «Wunderkind Ukraine» aufnimmt, beschreibt dieser mit «Das würde einschlagen wie eine Bombe» überschriebene Artikel im «Spiegel»:

«Während die EU über einen Kandidatenstatus für die Ukraine diskutiert, warten Staaten wie Nordmazedonien, Serbien und Albanien seit Jahren auf eine Perspektive. In Belgrad herrscht Frust über die Behandlung des «neuen Wunderkinds Ukraine.»»

«Oligarchenherrschaft, Korruption und fehlende Rechtsstaatlichkeit»

Den im Zusammenhang mit einem EU-Beitritt der Ukraine gefährlichen Aspekt der militärischen «Beistandsklausel» in Verträgen der Europäischen Union beschreibt das «Neue Deutschland»:

«Dagegen, dass die Ukraine schnell in die EU integriert wird, sprechen nicht nur Oligarchenherrschaft, Korruption und fehlende Rechtsstaatlichkeit. Hinzu kommt die Gefahr, dass Staaten der EU in den Konflikt hineingezogen werden. In den Verträgen der Europäischen Union gibt es eine Beistandsklausel, die besagt, dass im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates die anderen Mitglieder ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung schulden. Auf dieser Basis könnte Kiew weitere Forderungen an die EU-Mitglieder stellen.»

Neben der Ungleichbehandlung gegenüber anderen EU-Beitrittsanwärtern und der Gefahr, in militärische Handlungen hineingezogen zu werden, sprechen weitere gravierende Gründe gegen einen Status der Ukraine als EU-Beitrittskandidat. Denn die Ukraine verfehlte bereits vor dem russischen Angriff zahlreiche Kriterien, die als Voraussetzung für einen EU-Beitritt zu gelten hätten. Zu unterstreichen sind etwa die vom «Neuen Deutschland» angeführten Punkte Oligarchenherrschaft, Korruption und fehlende Rechtsstaatlichkeit – weitere Aspekte (unter vielen weiteren) werden etwa hier oder hier oder hier oder hier geschildert. Dazu kommt die ökonomische Belastung, die ein Beitritt potenziell für die EU-Bürger bedeuten könnte. Erinnert sei auch an die jahrelange Verweigerung der Ukraine gegenüber dem Friedensabkommen von Minsk, was als klarer anti-europäischer Akt zu werten ist.

Gibt es ein Land in Europa mit gravierenderen politischen Defiziten, als sie in der Ukraine (bereits vor dem Angriff Russlands) zu verzeichnen sind? Diesen akuten Krisenherd in die EU zu holen, mit den daraus folgenden Verpflichtungen, wäre eine politische, militärische und wirtschaftliche Zeitbombe.

Kanzler Scholz ist drauf und dran, diese Bombe ins Haus zu holen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=84914>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2022

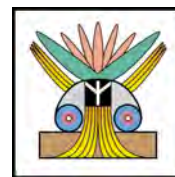
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
 angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
 wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
 -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
 wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
 Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
 bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
 Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz